

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
19. März 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,  
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Ein neuer Ausbruch des Rüstungswahnsinns. Von J. K. — Ein  
Partei Jubiläum. Von Franz Mehring. — Luise Otto-Peters. Von  
Mathilde Wurm. (Fortsetzung.) — Vom Ursprung der Arbeit. Von  
Edgar Hahnwald. (Schluß.) — Das Frauenwahlrecht in den Ver-  
einigten Staaten. Von May Wood-Simons. — Der sozialdemo-  
kratische Frauentag: 1. In Deutschland. 2. In Österreich. Von  
Adeleheid Popp. 3. In Galizien und Österreichisch-Schlesien. Von  
Dora Kluzhynska. 4. In der Schweiz. Von Marie Walter. 5. In  
Holland. Von Helene Antersmit. 6. In Rußland.  
Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. —  
Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. — Die Tarifbewegung  
in der Holzindustrie. Von lk.  
Notizenteil: Diensthofenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im  
Ausland. — Frauenstimmrecht. — Statistisches. — Die Frau in  
öffentlichen Ämtern.

## Ein neuer Ausbruch des Rüstungs- wahnsinns.

Wenn die Juden ein Opferkamb auf dem Berge Zion ab-  
stachen, erhoben sie viel Geschrei, doch sicher nicht so viel wie  
die deutsche Bourgeoisie mit ihrem „Jahrhundertopfer“.  
Dieses Geschrei macht die Sache höchst verdächtig.

Es handelt sich dabei um ein im Grunde einfaches Ge-  
schäft. Die Regierung will eine neue, sehr starke Vermehrung  
des Heeres. Die Kosten werden berechnet auf eine Milliarde  
Mark e i n m a l i g e r Ausgaben für Anschaffung von Mord-  
werkzeugen und Errichtung von Festungen und auf mehr als  
eine Viertelmilliarde dauernder, alljährlich wiederkehrender  
Ausgaben für den Unterhalt der neuen Bataillone und Armeekorps.  
In der Regel werden derartige einmalige Ausgaben  
durch die Aufnahme von Anleihen bestritten. Aber das Reich  
treibt seit Jahrzehnten eine finanzielle Luderwirtschaft, bei  
der selbst regelmäßige Ausgaben durch Anleihen gedeckt wer-  
den müssen. Das führte dazu, daß die Schuldenlast auf fünf  
Milliarden Mark angewachsen ist. Deshalb ist der Kredit er-  
schöpft, das Reich gilt als „fauler Schuldner“, wie es im  
Jargon der Geschäftsleute heißt, es mag ihm niemand mehr  
pumpen, selbst wenn es Wucherzinsen bietet. Wollte man ver-  
suchen, jetzt wieder eine volle Milliarde durch Anleihen auf-  
zubringen, so würden auch die alten Schuldscheine entwertet,  
die Gläubiger des Reiches, das ist die deutsche Bourgeoisie,  
hätten den Schaden. Deshalb schlägt die Regierung vor, diese  
Milliarde durch eine „einmalige Abgabe vom Vermögen“ auf-  
zubringen.

Das ist leicht zu machen: das gesamte greifbare Ver-  
mögen der besitzenden Klassen Deutschlands wird nach den  
mühsamsten Schätzungen auf 200 Milliarden Mark veran-  
schlagt; folglich genügt eine Abgabe von nur einem halben  
Prozent, um die Milliarde zu schaffen. Das heißt: der Be-  
sitzer eines Vermögens von 100 000 Mk. hätte ganze 500 Mk.  
zu zahlen, ein Millionär ganze 5000 Mk. Da das Geld nicht  
sofort gebraucht wird — man baut weder Festungen in einem  
Jahre, noch fabriziert man im Handumdrehen Kanonen und  
Klintonen —, so würde sich die Zahlung in Raten zerlegen  
lassen, etwa auf fünf Jahre. Dann ist die Leistung gering

und kann von den Reichen „getragen“ werden, ohne daß sie ihr  
Vermögen antasten, einfach aus dem Jahreseinkommen. Dieses  
Einkommen der Kapitalisten besteht aus Mehrwert, der aus  
den Arbeitern herausgeschunden wird. So läuft die ganze  
Operation darauf hinaus, daß im Laufe von fünf Jahren ein  
kleiner Teil des von der Arbeiterklasse geschaffenen Mehr-  
wertes nicht den Kapitalisten zufließt, sondern an das Reich  
abgeführt würde. Dabei kommt noch in Betracht, daß das  
Reich diese Milliarde alsbald ausgibt, und daß bei Liefe-  
rungen für die Armee die Unternehmer stets klugige Ge-  
winne einstreichen. Mindestens der dritte Teil jener Summe  
würde in Form von Profit den mittelbar und unmittelbar an  
den Lieferanten beteiligten Kapitalisten wieder zufließen.

Nun sind aber, wie gesagt, nicht nur einmalige, sondern  
auch dauernde neue Ausgaben zu bestreiten. Nachdem man  
das „soziale Gewissen beruhigt“, den Reichen die einmalige  
Ausgabe auferlegt hat, wird man um so skrupelloser die  
dauernde Belastung den Volksmassen, der arbeitenden Klasse  
aufhalsen, man wird das Geld durch eine drückende Steuer  
aufbringen. Die Reichen sollen einmal eine Milliarde  
aufbringen, die arbeitenden Massen sollen d a u e r n d Jahr  
für Jahr eine Viertelmilliarde steuern. In vier Jahren  
werden die Armen so viel aufgebracht haben wie die Reichen,  
und sie werden beständig weiter zahlen!

Um von dieser einfachen Tatsache die Aufmerksamkeit ab-  
zulenken, wird ein ohrenbetäubendes Geschrei erhoben. Dabei  
liegen sich aber die verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie  
bereits in den Haaren: jede Gruppe sucht sich dem „patrio-  
tischen Opfer“ zu entziehen und die anderen zahlen zu lassen.  
Wenn der Reichstag über die Abgabe beraten wird, kann man  
erbauliche Szenen erleben, und vielleicht gelingt es den par-  
lamentarischen Kommiss der Kapitalisten noch, das ganze  
„Opfer“ zu einem großen Schwindel zu machen. Die Be-  
lastung der Volksmassen aber wird erhöht werden, trotz-  
dem sie schon jetzt schier unerträglich ist. Auf einen Schlag  
hat man im Jahre 1909 die indirekten Steuern um eine  
halbe Milliarde erhöht, fast um ein Viertel der vorher be-  
stehenden Steuern. Noch ist diese Brandschatzung nicht über-  
wunden, und schon droht eine neue. Eine Viertelmilliarde  
dauernder Mehrausgaben für das Heer, das bedeutet eine  
Belastung auf den Kopf der Bevölkerung, Kinder und Greise  
eingerechnet, von 4 Mk. im Jahre, 20 Mk. auf die normale  
Familie.

Doch fragen wir, wozu dieser neue ungeheure Aderlaß,  
wozu die neuen Rüstungen, so bleibt die Regierung die Ant-  
wort schuldig. Unklare Andeutungen über „die durch den  
Balkanrieg verschobene politische Lage“, inhaltslose Phrasen  
über das „Erstarken des Slaventums“, das ist alles, was  
bisher aus den Verlautbarungen der offiziellen Blätter her-  
auszupressen war. Bezeichnend ist dabei, daß noch Mitte De-  
zember die „N o r d d e u t s c h e A l l g e m e i n e Z e i t u n g“  
kategorisch erklärte, die Regierung werde im Reichstag über-  
haupt keine neue Militärvorlage einbringen, sondern nur  
eine Forderung in bezug auf das Militärflugwesen stellen.

Wie besessen tobte damals die Presse, die im Dienste der Fabrikanten von Mordwerkzeugen steht. Sie beschuldigte den Reichskanzler und den Schatzsekretär, daß sie aus Rücksicht auf die Finanzlage sich den Forderungen des Kriegsministeriums widersetzen und so „Deutschland wehrlos machen“. Die Regierungsblätter antworteten darauf mit lahmen Erklärungen. Im Januar kamen dann immer kräftigere Vorstöße der Rüstungsheger. Es wurde von der „Niedergeschlagenheit“ fabuliert, die in Offizierskreisen herrsche, von der mangelnden Kriegsbereitschaft in allen Punkten. Schließlich konnte die „Post“, eines der Holzpapiere der Kanonenkönige, triumphierend ausposaunen, die Regierung werde mit großen Militärforderungen auftreten. Das beweist also, daß die Regierung sich zu diesem Entschluß hat urplötzlich drängen lassen, wie das im Deutschland des Bismarckes üblich ist.

Aber prompt stellt sich ein, was zu erwarten war. Die Ankündigung neuer Rüstungen in Deutschland beantwortet die französische Regierung mit der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit, um die Zahl der im Frieden unter den Waffen gehaltenen Soldaten zu erhöhen. Die russische Regierung beantwortet sie mit Plänen zur Verstärkung der Garnisonen an der deutschen Grenze. Selbst vom Standpunkt der Rüstungsfanatiker wird sich also nur ergeben, daß zwar die Zahl der für die Menschenjocherei bereit gehaltenen Soldaten steigt, daß aber das Verhältnis der Kräfte zwischen den Erbfeinden und Erbfeinden sich nicht verschiebt. Genau so spielt sich die Geschichte schon seit Jahrzehnten ab: die Schraube ohne Ende wird ziel- und zwecklos gedreht, die einzelnen Staaten steigern ihre Rüstungen unablässig, ohne daß bei einem dieser Staaten von einem „erdrückenden Übergewicht“ jemals die Rede sein könnte, wie es die Militärs erträumen. Aber erreicht wird dadurch freilich, daß die Gefahr eines Weltkriegs unheimlich wächst, und daß bei dem Ausbruch eines solchen Krieges Heeresmassen in Bewegung treten werden, die Europa zerstampfen. Der Krieg, der mit solcher Wut vorbereitet wird, muß zu einer Weltkatastrophe werden.

Der fürchterliche Wahnsinn, der darin liegt, bleibt natürlich weder den Regierenden noch den bürgerlichen Parteien verborgen. Doch ein Entrinnen gibt es nicht für sie. Die Idee einer allgemeinen Abrüstung oder auch nur einer Beschränkung der Rüstung bleibt eine Utopie, solange die herrschende Klasse eines jeden bürgerlichen Staates darauf ausgeht, in der ganzen Welt zu räubern und fremde Länder und Völker zu unterjochen. Die Bourgeoisie weiß, daß internationale Verträge zwischen Staaten noch stets zerrissen wurden, wenn das einem von ihnen paßte, und er es ungestraft tun konnte. Und das wird so bleiben, solange es kapitalistische Staaten, Raubstaaten gibt. Weil die bürgerliche Gesellschaft auf roher Gewalt beruht, muß sie festhalten am Militärstaat, der die Welt mit Raub und Mord bedroht und selbst von seinen Nachbarn bedroht wird. Das ist das eiserne, unabänderliche Geschick, das durch keine Vernunftgründe abzuwenden ist. Mehr noch: die aufgeklärten Vertreter der herrschenden Klassen wissen es genau, daß die Rüstungen unfehlbar den Weltkrieg herbeiführen müssen, und sie ahnen es, daß dieser die Katastrophe ist, an der die bürgerliche Gesellschaft zugrunde gehen muß. Denn es ist undenkbar, daß die zur Verzweiflung getriebenen Volksmassen diese wahnwitzige Gesellschaftsordnung weiterbestehen lassen, nachdem sie deren fürchterliche Folgen am eigenen Leibe verspürt haben. Trotzdem gibt es für die Bourgeoisie kein Zurück. Für sie ist die Frage: Kapitalismus und Völkermord, oder Preisgabe der kapitalistischen Ordnung; ein drittes gibt es nicht.

Für uns aber, für die Proletarier der ganzen Welt gilt es, den Kampf gegen den Kapitalismus und damit zugleich gegen den Völkermord zu führen, der mit dem Kapitalismus untrennbar zusammenhängt. Zudem wir den Krieg unmöglich machen, machen wir den Kapitalismus unmöglich. Wir wollen den Krieg unmöglich machen, indem wir, solange noch

Staaten existieren, die stehenden Heere abschaffen und die Volkswehr errichten, die niemals der Eroberung, der Unterjochung fremder Völker dienen kann, sondern stets nur der Verteidigung. Aber weil die Volkswehr, die Miliz in industriell entwickelten Ländern nicht eine Waffe in der Hand der herrschenden Klasse sein kann, sondern nur eine Waffe des Volkes gegen jede Knechtung, wird diese Lösung der Kriegsfrage so wütend von den Kapitalisten bekämpft. Gerade deshalb bleibt unsere Lösung: Diesem System des kapitalistischen Mordes keinen Mann und keinen Groschen! Krieg dem Kriege!

J. K.

## Ein Parteijubiläum.

Am 1. März vollendete sich ein halbes Jahrhundert, seitdem Ferdinand Lassalle den Geburtschein der deutschen Sozialdemokratie unterzeichnete. „Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie! Mit Gruß und Handschlag F. Lassalle. Berlin, 1. März 1863.“ So schließt das Offene Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig.

Seitdem dies Heftchen von wenigen Druckbogen in die Welt flog, gibt es eine deutsche Sozialdemokratie. Nicht mit dem so lärmenden wie leeren Festgepränge, worin sich heute die Nachkommen jener Fürsten und Junker gefallen, die vor hundert Jahren den Heldenkampf der Massen mit beispiellosem Un dank belohnt haben, feiern wir zum fünfzigsten Male unser Wiegenfest. Aber dankbar erinnern wir uns des Mannes, dessen stammendes Wort die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland entzündete; und der kleinen Schar, deren treue Herzen ein empfänglicher Boden der Feuersaat waren.

Allein nicht minder dankbar erinnern wir uns der Männer, die der geschichtlichen Tat Lassalles die Wege gebahnt haben. Es ist wahr, daß Marx und Engels das Offene Antwortschreiben und die anderen Flugschriften, die die deutsche Arbeiterklasse so mächtig aufrüttelten, mit verächtlicher Handbewegung beiseite geschoben haben, als Sextanerprosa, mit deren bloßer Lesung sie nicht einmal ihre Zeit verderben mochten. Jedoch es ist nicht minder wahr, daß sie damit nur ihrem eigenen Ruhme das Licht vertraten. Ohne ihre glorreiche Vorarbeit in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hätte Lassalle nicht vollbringen können, was er vollbracht hat. Ohne das kommunistische Manifest wäre das Offene Antwortschreiben, ohne den Bund der Kommunisten wäre der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein unmöglich gewesen.

An der Lehre und dem Vorbild der älteren Freunde hatte sich Lassalle herangebildet, und so mag ihm von allem Schmerzlichen, was er in seinem letzten Lebensjahr erfahren mußte, am schmerzlichsten gewesen sein, daß sie die kühne Tat verkannten, durch die er sich als ebenbürtiger Meister neben sie stellte. Aber die Nachwelt hat sein prophetisches Wort eingelöst und ihm sein Recht gegeben. Lassalle hat oft geirrt, aber nicht weniger oft haben Marx und Engels geirrt, und der größte Irrtum ihres Lebens ist gewesen, daß sie das historische Werk Lassalles so gänzlich verkannt haben.

Sollen wir uns durch diese Erinnerung den fünfzigsten Geburtstag des Offenen Antwortschreibens trüben lassen? Wir wären nicht würdig, uns die Jünger solcher Meister zu nennen, wenn wir es täten. Lessing, den Lassalle gelegentlich einen echten Nachfahren Luthers genannt hat, schreibt einmal: „Lutherus stehet bei mir in solcher Verehrung, daß es mir, alles wohl überlegt, recht lieb ist, einige kleine Mängel an ihm entdeckt zu haben, weil ich in der Tat der Gefahr so nahe war, ihn zu vergöttern. Die Spuren der Menschheit, die ich an ihm finde, sind mir so kostbar als die blendendste seiner Vollkommenheiten. Sie sind sogar für mich lehrreicher als alle diese zusammengenommen.“ In gleichem Sinne dürfen wir sagen, daß die herbe und oft so ungerechte Kritik, die Marx und Engels an Lassalle geübt haben, für uns eine

Quelle reicher Belehrung geworden ist. Indem sie das Lassalle-Pfaffentum vernichtet, baut sie zugleich die sicherste Schutzwehr auf gegen ein Marx-Pfaffentum.

Das Offene Antwortschreiben weht heute nicht mehr als Fahne dem kämpfenden Millionenheer des deutschen Proletariats voraus. In allen Einzelheiten ist es überholt, und auch das Zeichen, von dem Lassalle in den Schlussworten sagte, daß es „kein anderes“ für die Arbeiterklasse gebe, sehen wir heute mit anderen Augen an als Lassalle. Zwar hat er auch darin recht behalten, daß er das allgemeine Wahlrecht als proletarische Waffe viel höher einschätzte als Marx und Engels, die im Hinblick auf die Erfahrungen des zweiten Kaiserreiches nicht gar viel davon wissen wollten. Auch bildete er sich nicht ein, daß je auf parlamentarischem Wege allein die Arbeiterklasse befreit werden könne; er pflegte seinen Anhängern zu sagen: Wenn ich vom allgemeinen Stimmrecht spreche, so müßt ihr immer Revolution darunter verstehen. Aber es gibt noch „andere Zeichen“, unter denen die deutsche Arbeiterklasse kämpft und siegen wird: so die Gewerkschaften, denen das Offene Antwortschreiben nach seinem ganzen Gedankengang den Weg versperre.

Als zerschossenes Banner hängt es in der Ruhmeshalle der deutschen Arbeiterklasse, ein Zeuge rühmlicher Kämpfe und Siege. Und indem wir es an seinem fünfzigsten Geburtstag grüßen, huldigen wir zugleich den drei führenden Geistern der deutschen Sozialdemokratie.

Franz Mehring in der „Neuen Zeit“.

## Luiſe Otto-Peters.

(Fortſetzung.)

Früh um 4 Uhr hörte Luiſe die Leute im Nebenhaus die Treppe hinabpoltern und erfuhr, daß sie in stockdunkler Nacht auf verschneiten Wegen oft stundenlang bis zu jenen Fabriken wandern mußten, die ihre Bewunderung erregt hatten. Sie erfuhr, daß viele ohne Frühstück mit leerem Magen zur Arbeit gingen. Sie sah den Luxus der Fabrikherren, hörte, wie nicht achtend sie von den Arbeitern sprachen; oftmals wenn die Välle der Unternehmer erst endeten, gingen die Arbeiter schon wieder an ihr Tagewerk. Luiſe lernte schauernd das ganze Elend erzgebirgischer Proletarier kennen. Sie hatte noch nichts von der tiefen Kluft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten gewußt, hier aber sah sie diese vor sich. Lange bevor Luiſe Otto etwas von Kommunismus oder Sozialismus gehört hatte, stellte auch sie die Frage, die so viele Denkende und Fühlende seit Beginn des Kapitalismus gestellt haben: „Warum leben die einen in Wohlstand, die anderen in Not und Entbehrung?“ Die richtige Antwort, die der Sozialismus gibt, ist nie bis zu ihrer Seele gedrungen.

Ihrer tiefen Erschütterung über das gesehene Elend gab sie in dem Gedicht: „Im Erzgebirge“ Ausdruck.\* In schlafloser Nacht sieht sie im Hause gegenüber beim matten Lampenschein die Klöpplerin sitzen:

„Sie klöppelt nicht für Mutter oder Kinder,  
Sie klöppelt nur, daß sie nicht selbst erfriere,  
Daß sie sich ehrlich trocknes Brot gewinne,  
Ihr einzig Gut, die Anschuld, nicht verliere,  
Der längst der reiche Lüftling nachgestellt, —  
Sie klöppelt, daß sie nicht aus Hunger fällt.“ —

An der Nebenwand hört sie den Webstuhl gehen. Der Weber arbeitet auch noch um Mitternacht:

„Wie diese Winternacht ist all sein Leben!  
Er hat es ruh- und friedelos verbracht,  
Er hörte Tag und Nacht nicht auf zu weben,  
Und kaum, daß er erhielt den siechen Leib,  
Des Elends Bildnis ist so kind als Weib.“

Den Priestern, die all dies Elend ruhig mit ansehen, flucht sie:

„Dann werde euer Sterbekissen  
Der Armen Fluch und all ihr Leid!“

\* Die Daten usw. sind entnommen aus: Luiſe Otto-Peters. Ein Lebensbild von Auguste Schmidt und Hugo Rösch. Leipzig 1898, Voigtländers Verlag.

In Oberan war aus der weltfremden Dichterin, die für den Völkerfrühling schwärmte, eine scharfblickende Kämpferin gegen die Leiden der Arbeiter geworden. In Dresden, wohin sie im Januar 1841 zum Besuch einer Freundin ging, erwarb sie zum erstenmal das Weib in ihr. Sie hatte sich zugeschworen, nur der Befreiung der Völker und der Frau ihr Leben und Dichten zu weihen. Nun brach die Liebe über sie herein, eine glückliche Liebe. Eine lange Dauer war diesem Frühling nicht beschieden, die Schwindsucht entriß Luiſe den Verlobten bald. Wieder wurden Studium, Natur und Dichtkunst ihr Trost. Sie träumte von Dichterruhm und sah sich in ferner Zukunft als die Führerin von Deutschlands Frauen, konnte jedoch einstweilen niemand finden, der ihre Werke vor die Öffentlichkeit gebracht hätte. Endlich verschaffte ihr die Vermittlung eines Verwandten einen Verleger, allein nicht für ihre Gedichte, sondern für einen Roman, den man ihr zu schreiben empfahl, weil er mehr Aussicht auf Absatz habe. 1842 erschien in der Folge ihr Erstling in Prosa, „Ludwig der Kellner“, ein sozialer Roman. Heute ist er längst vergessen, aber damals bedeutete er eine Tat und trug Luiſe die Feindschaft der sogenannten guten Gesellschaft ein. Bemerkenswert sind einige Worte aus der Vorrede: ... „Wir haben Frühlingsanfang, und kommt der Frühling nicht heute, so kommt er doch bald.“ Nach weiteren Veröffentlichungen wurde sie Mitarbeiterin an einigen damals erscheinenden freiheitlichen Zeitschriften, unter anderem an den von Robert Blum herausgegebenen demokratischen „Vaterlandsblättern“. Mit Robert Blum und vielen anderen Freiheitskämpfern der vierziger Jahre wurde Luiſe bald durch innige Freundschaft verbunden. Luiſe mußte ihre Arbeiten zunächst unter dem Pseudonym Otto Stern veröffentlichen. Kein Verleger wollte sie herausgeben, wenn sie mit dem Namen der Verfasserin gezeichnet würden, weil — wie der Leiter der „Gartenlaube“ erklärte — „es nicht üblich sei, daß Damen über derartige Dinge schreiben“. Unter ihrem eigenen Namen trat Luiſe Otto zum erstenmal 1843 in die Öffentlichkeit, und zwar in ihrer Vaterstadt Meißen. Dort fand ein Sängerefest statt, wo — wie fast stets in jener Zeit — die Sehnsucht nach politischer Freiheit zum Ausdruck kam. Und die junge Dichterin war es, die dieser Sehnsucht ihre Sprache lieh. Sie feierte:

„— Die Saat in segensreichen Halmen,  
Zu der wir hoffend jetzt den Samen streun:  
Solch Samenorn laßt dieses Fest auch sein!“

Der Erfolg des Gedichts war ein so starker, daß mehrere Sängervereinigungen der Verfasserin ein Ständchen brachten.

1844 verwendete Luiſe Otto das Honorar für einen Roman zur Erfüllung eines lang ersehnten Wunsches. Sie unternahm allein und selbständig eine Reise durch Deutschland. Das war zu jener Zeit eine Tat, über die alle guten Bürger erstaunt oder auch mißbilligend den Kopf schüttelten. Die Frucht der Reise war ein Bändchen: „Frauenleben im Deutschen Reich“, in dem sie beredt Sitten und Gewohnheiten der Frauen ihrer Zeit schilderte. Am Tage nach ihrer Rückkehr schrieb sie in ihr Tagebuch: „Was habe ich nicht alles gesehen und erlebt auf dieser Reise! Unterwegs wie schon hier bin ich zu dem Bewußtsein gekommen, daß ich einen Namen habe, Anerkennung und Teilnahme finde, wie ich nie erwartet — mich faßt es oft wie ein Schwindel, das Herz ist übergelb und meine Seele wie auf Flügeln.“

Im Frühjahr 1845 war Luiſe Otto in Leipzig Zeuge der blutigen Ereignisse, des Zusammenstoßes zwischen Volk und Militär. Sie und andere Gefinnungsgenossen schlossen sich enger zusammen, die „Gutgesinnten“ zogen sich von ihr zurück, bei den Behörden begann sie mißliebig zu werden. Ihr Leben ging mehr und mehr auf in den Interessen der Gesamtheit. Im Jahre 1847 übergab sie zwei Büchlein der Öffentlichkeit „Die Lieder eines deutschen Mädchens“ und „Schloß und Fabrik“. In dem letzteren Buche hat sie unter dem Einfluß des sozialen Romans in Frankreich die Eindrücke verarbeitet, die sie als junges

Mädchen in Oberan empfangen hatte. Die Tendenz paßte den Behörden nicht, der Roman wurde konfisziert. Erst durch eine Audienz beim Minister gelang es Luise durch das Versprechen einiger Änderungen, das Buch freizubekommen. Dem verblüfften Minister erklärte sie: „Erzellenz, ich bin eine prinzipielle Gegnerin der Zensur.“

Im März 1848 verfaßte sie die „Adresse eines deutschen Mädchens“, die sie an das neue liberale Ministerium Oberländer und an die von diesem ins Leben gerufene Arbeiterkommission richtete. Die Adresse enthielt die Aufforderung, sich nicht allein der Arbeiter, sondern auch der Arbeiterinnen anzunehmen und schloß mit den Worten: „Glauben Sie nicht, meine Herren, daß Sie die Arbeiter genügend organisieren können, wenn Sie nur die Arbeit der Männer und nicht auch die der Frauen mitorganisieren — und wenn alle an sie zu denken vergessen: ich werde es nicht vergessen.“ Die Adresse hatte einen unerwartet großen Erfolg. Alle deutschen Blätter druckten sie ab. Minister Oberländer stimmte der Verfasserin zu und erbat ihren Besuch. Auch der Landtag und die Arbeiterkommission beschäftigten sich mit der Adresse. Die Arbeiter selber waren inzwischen auf Luise Otto aufmerksam geworden. Sie faßten Vertrauen zu ihr und wandten sich in ihren Nöten an sie. Eine Deputation Dresdener Arbeiter bat sie um Unterstützung bei einer Versammlung. Bald darauf kamen die Abgesandten der Arbeiter und Angestellten der Porzellanmanufaktur Meißen, um ihre Hilfe und Fürsprache zur Abstellung von Übelständen zu erbitten. Die Arbeiter äußerten ein so großes Vertrauen zu Luise Otto, daß diese die Wünsche nicht abzulehnen vermochte, obgleich sie des Erfolgs ihrer Bemühungen keineswegs sicher war. Immerhin setzte sie es beim Ministerium durch, daß es sich der Sache der Meißener Arbeiter und Angestellten annahm. Luise Otto war die einzige Frau, die öffentlich in der politischen Bewegung stand und für das Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen eintrat. Insbesondere die Dresdener Arbeiter hingen dafür mit Treue an Luise Otto. So groß war ihr Ruf, daß man sie aufforderte, einen „Vaterlandsverein“ zu gründen, der neben der Eini-gung des deutschen Volkes insbesondere seine demokratischen Forderungen in den Vordergrund stellen sollte. Die Organisation kam zustande, aber das Gesetz verbot Luise, an der Versammlung teilzunehmen, in der die Gründung erfolgte.

Das Jahr 1848 fand die Dichterin mitten in der politischen Bewegung; sie half bei den Wahlen, bei der Gründung demokratischer Blätter, sie kümmerte sich um die Arbeiterinnen, sie weckte die Frauen, indem sie vor ihnen sprach, sie rief demokratische Frauenvereine ins Leben. Da traf sie ein harter Schlag: die Ermordung Robert Blums durch die Reaktion in Wien. Am 14. November schrieb sie in ihr Tagebuch: „Alles andere ist nichts — Robert Blum ist ermordet! Lange wollte ich's nicht glauben, sträubte mich und kämpfte dagegen, nun muß ich's! Tot! Da ist gar nichts weiter zu sagen — wie Christus, Huf und Egmont ist er für die Freiheit gestorben! Und er war mein Freund! Ich sage es mit Stolz: ich habe mehr mit ihm verloren als die Millionen, die jetzt um ihn jammern.“ Lange brauchte sie, um diesen Schmerz zu überwinden, die Arbeit für die demokratische Bewegung half ihr dabei. (Schluß folgt.)

## Vom Ursprung der Arbeit.

Von Edgar Sahnwald.

(Schluß.)

Die Beispiele für die Arbeiter unter den Tieren lassen sich beliebig vermehren. Sie alle beweisen, daß auch die Tiere produzierende Tätigkeiten verrichten, die sie den verschiedensten Verhältnissen zweckmäßig anpassen.

Aber trotz der Geschicklichkeit, die die Erzeugnisse solcher tierischer Tätigkeit bekunden, besteht doch ein tiefer Unterschied zwischen tierischer und menschlicher Arbeit. Das Tier folgt bei seiner Tätigkeit ererbten Instinkten. Der Mensch aber hat eine vorgesehene Vorstellung von seinem Werke, er arbeitet bewußt. „Eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachsellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopfe gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war.“ So bestimmt Marx im ersten Bande des „Kapital“ den Unterschied zwischen menschlicher und tierischer Arbeit. Und die Folge des tiefen Unterschieds zeigt sich noch in diesem: die Arbeitsmethode des Menschen und damit auch das Ergebnis seiner Arbeit entwickelt sich fortgesetzt aufwärts, während der Fink sein Nest, die Biene ihre Zelle genau so bauen wie die Finken und Bienen vor tausend Jahren. Doch wir dürfen eines nicht vergessen. Das Bewußtsein des Menschen ist nicht als göttliches Geschenk vom Himmel gefallen. Auch unser Bewußtsein ist das Ergebnis einer unendlich langen Entwicklung, und vom tierischen Instinkt zur menschlichen Vernunft leiten seine Fäden, die aufzuspüren Aufgabe des Tierpsychologen ist. Jedenfalls dürfen wir aber annehmen, daß wir auch — soweit das Bewußtsein in Frage kommt — die Anfänge der menschlichen Arbeit in der tierischen Vergangenheit suchen müssen.

Doch die bewußte Tätigkeit ist nicht der einzige Unterschied, der unsere Arbeit von der des Tieres sondert. Das Tier bedient sich bei seiner Tätigkeit der Organe seines Körpers, es „arbeitet“ mit Schnabel und Zähnen, mit Krallen und Schaufeln. Der Mensch aber arbeitet mit Werkzeugen, die es ihm gestatten, Tausende der verschiedensten Tätigkeiten auszuüben. Während das Tier nur über eine bestimmte Art von Organen verfügt, wendet der Mensch hundertfältige Werkzeuge nacheinander und nebeneinander an, die er seinen veränderten Zwecken entsprechend verändert. Jedes einzelne Individuum einer Tiergattung besitzt nur die gleichen Organe und vermag in der Regel auch nur sie allein anzuwenden. Der Mensch dagegen ist in der Lage, die Kräfte vieler Einzelner zur Handhabung eines einzelnen Werkzeugs zu vereinen oder den Gebrauch bestimmter Werkzeuge auf einzelne Individuen oder einzelne Gruppen von Individuen zu beschränken. Der Mensch ist dank seiner Werkzeuge imstande, die Kooperation — die Zusammenarbeit vieler — und die Arbeitsteilung in den Dienst seiner Produktion zu stellen.

Aber kaum haben wir eine neue Grenze zwischen tierischer und menschlicher Arbeit gezogen, so müssen wir sie schon wieder verwischen. Auch die Anwendung von Werkzeugen ist nicht das alleinige Vorrecht des Menschen, und auch Kooperation und Arbeitsteilung finden sich bei den Tieren. Was Kooperation und Arbeitsteilung anbelangt, so sind sie bei Säugetieren, Vögeln, Fischen, Insekten häufig genug; und zwar sowohl wenn es sich um Nahrungsbeschaffung handelt wie bei Wohnungs- und Nestbau, Verteidigung und Fürsorge für den Nachwuchs. Es sei an die Arbeitsteilung zwischen Männchen und Weibchen bei der Brutpflege vieler Vögel, ferner mancher Fische und Amphibien erinnert, an Arbeitsteilung und Kooperation bei den berühmten Dauten der Biber usw. Die Anfänge der Anwendung von Werkzeugen sind beim Affen beobachtet worden, der sich gelegentlich eines Baumastes zur Verteidigung, eines Steines zum Aufschlagen von Nüssen bedient. „Nichts hat mich mehr in Erstaunen gesetzt“, erzählt Professor Dr. Weule in seiner Schrift über die Kultur der Kulturlosen, „als die absolute Sicherheit, mit der ein kleiner Macacus im zoologischen Garten zu Düsseldorf mittels eines noch dazu fast kugelförmigen Steines die Haselnüsse aufschlug, die ihm der Wärter als Lederbissen in den Käfig warf; ein Fehlschlag war völlig

ausgeschlossen, auch war jeder Schlag in seiner Stärke so genau abgemessen, daß lediglich die Schale zertrümmert wurde, der Kern aber unberührt blieb.“

Doch mag der Affe sein Werkzeug noch so geschickt handhaben, er tut es nur gelegentlich, und auch dann nimmt er den Ast, den Stein so, wie er ihn gerade findet. Der Mensch aber arbeitet mit selbstgefertigten Werkzeugen. Er richtet sich — schon als primitiver Mensch der Steinzeit — sein Werkzeug für einen bestimmten Zweck zu und wendet es nicht nur einmal, sondern wiederholt an.

Es ist also nicht die Produktion von Dingen für den unmittelbaren Verbrauch, nicht die Anwendung von Werkzeugen, die den Menschen vom Tiere scheidet, sondern die Produktion von Werkzeugen, von Produktionsmitteln. Mit dem ersten selbstgefertigten Werkzeug, mit dem ersten schlichten Steinmesser ist auch erst der Mensch da, dort beginnt die Morgenröte menschlicher Kultur zu dämmern — daher bezeichnet ja auch die prähistorische Wissenschaft eine bestimmte Gruppe vorgeschichtlicher Steinwerkzeuge als Colitien — Werkzeuge aus der Morgenröte der Technik. „Der Mensch ist ein werkzeugmachendes Tier.“ Mit diesen Worte kam Benjamin Franklin der Wahrheit näher, als er vielleicht ahnte. Die primitiven Indianer Brasiliens haben die nahe Verwandtschaft zwischen Mensch und Tier dunkel empfunden, denn sie nennen als einzigen Unterschied zwischen beiden nur die Tatsache, daß die Tiere keine Maisstampfer haben und ohne Pfeil und Bogen jagen.

Jedoch der Mensch hat nicht eines schönen Tages einfach begonnen, Werkzeuge anzufertigen. Dieser entscheidende Fortschritt kann nur das Ergebnis eines langwierigen Entwicklungsprozesses sein, der ohne Zusammenleben und Solidarität undenkbar wäre und der zugleich der Prozeß der Menschwerdung ist. Die Arbeit erlöste den Menschen endgültig aus seiner Tierheit, und die erlösende Arbeit ist Zusammenwirken vieler gewesen, gesellschaftliche Arbeit. Die Arbeit ist die Fortsetzung desselben Entwicklungsprozesses, der den kletternden Vierhänder in den aufrechtgehenden Zweihänder verwandelt hat. Gerade der aufrechte Gang ist nach der Annahme mancher Gelehrten die Vorbedingung geworden für die Entfaltung der Vernunft und der Sprache, er war auch die Voraussetzung für die freie Verfügung über die Hände. Diese werden nun durch die Arbeit zu den vollkommenen, wunderbar eingerichteten Organen, mit denen der Mensch sein Werkzeug schafft und handhabt. Die wachsende Vervollkommnung der Werkzeuge ist nun zugleich der äußere Maßstab für den Fortschritt des Menschengeschlechts. Der Fortschritt der menschlichen Arbeitsweise aber ist eine Folge wachsender Bedürfnisse, die selbst wie die Arbeitsteilung auch mit dem Zusammenleben der Menschen entstehen.

Das Zusammenleben der Menschen in Horden war von vornherein eine unerläßliche Vorbedingung für den Fortschritt der Menschheit. Nur in der Gesellschaft, als gesellschaftliche Tätigkeit hat sich die Arbeit entwickeln können, und der Mensch an ihr und mit ihr. Zur Herstellung eines auch noch so einfachen Werkzeugs gehört schon eine gewisse Naturerkenntnis, die zugleich die letzte Wurzel der Naturwissenschaft ist. Die geringste Erkenntnis setzt wiederum eine gewisse Beobachtung und Erfahrung voraus. Und gerade die einfachsten ersten Erfahrungen brauchten die längste Zeit, ehe sie Gemeingut der Menschheit wurden. Sicher hat es sehr lange gedauert, ehe erkannt wurde, daß gerade der Feuerstein unter den vielen Arten von Steinen sich am besten zur Herstellung von Werkzeugen eignet. Dazu mußte eine Summe von Einzelbeobachtungen zusammenwirken. Diese zu erwerben, reichte das Leben eines Menschen nicht aus, dazu war das Zusammenleben vieler nötig. Ohne dieses Zusammenleben wären ja auch die Erfahrungen des einzelnen Menschen verloren gegangen, und jeder andere hätte für sich wieder von vorn beginnen müssen, gleich einem Ur-Robinson. Die bürgerliche Kulturgeschichte fabriziert aber tatsächlich

einen Ur-Robinson und geht vom einzelnen lebenden Menschen aus, der sich erst viel später mit seinesgleichen zu Horden und Sippen zusammengetan habe. Der isolierte Mensch der bürgerlichen Gelehrten wie Professor Bücher gehört jedoch ins Reich der Fabel. Die bürgerliche Wissenschaft hat ihn geschaffen, weil sie ihre wirtschaftsgeschichtliche Forschung auf dem Begriff der individuellen Arbeit aufbaut, während die materialistische Wirtschaftsgeschichte die gesellschaftliche Arbeit zum Ausgangspunkt nimmt. Die Tatsachen beweisen, daß die menschliche Arbeit von vornherein gesellschaftlichen Charakter hatte und daß der Mensch als Gattung von Anfang an in gesellschaftlichen Verbänden gelebt. Die individuelle Nahrungsfürsorge des Professors Bücher ist eine bürgerlich-individualistische Phantasie, nach rückwärts in die Vergangenheit übertragen. Wir greifen sie heraus, weil Büchers wirtschaftsgeschichtliches Schema leider gerade viel Arbeiterköpfe verwirrt hat. Die prähistorischen Funde, die ältesten Zeugen menschlichen Daseins, finden sich immer in großen Mengen beisammen.

Um die erworbenen Einzelbeobachtungen gegenseitig mitzuteilen, war ein Verständigungsmittel notwendig. Das ist die Sprache geworden, die sich gleichfalls nur in der Gesellschaft der Menschen entwickeln konnte. Allerdings ist auch die Sprache kein unbeschränktes Vorrecht des Menschen. Elementare Anfänge dazu sind bei den höheren Tieren nicht selten. Der amerikanische „Affenprofessor“ Garner hat das Studium der Sprache der Affen zu seiner Lebensaufgabe gemacht. Er beobachtete bei Gorillas und Schimpansen etwa zwanzig verschiedene Laute, denen noch zahlreiche Gebärden und lebhaftes Mienenspiel zu Hilfe kommen. Der „Wortschatz“ des Urmenschen ist gewiß nicht viel reicher gewesen. Noch heute leben primitive Völkerschaften, deren Sprache über eine Laut- und Zeichensprache nicht weit hinaus kommt. Nur in der menschlichen Gesellschaft war die Entwicklung der Sprache zur Wortsprache möglich, die auch Bezeichnungen für abstrakte Begriffe hat. Die Sprache aber hat sich vor allem bei der Arbeit und mit der Arbeit entwickelt, sie ist ohne die Entwicklung der Produktionsweise nicht denkbar. Umgekehrt wäre aber auch die Entwicklung der Produktionsweise ohne die Entwicklung der Sprache unmöglich gewesen. Das gesellschaftliche Leben der Menschen war die Vorbedingung für beides. So steht eines in engerer Beziehung zum anderen, überall enthüllt sich unseren Blicken unaufhaltbare Entwicklung als Ergebnis des Zusammenlebens und Zusammenwirkens der Menschen.

Nun haben wir die Antwort auf unsere Frage nach dem Ursprung der Arbeit gefunden. Die leisen Anfänge der Arbeit liegen in der tierischen Vergangenheit des Menschengeschlechts. Die Entwicklung der Arbeit zur Produktion von Produktionsmitteln begleitet und beendet den Prozeß der Menschwerdung, sie erhob den Menschen aus seiner Tierheit. Die weitere Entwicklung vollzog sich innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Die menschliche Arbeit ist somit ein Produkt des gesellschaftlichen Lebens des Menschen. In ihrer fortschreitenden Entwicklung hat sie die Formen des sozialen Lebens bestimmen und verwandeln helfen. Diese Entwicklung dauert noch fort, sie führt mit zwingender Notwendigkeit zum Sozialismus, der nächsten und höchsten Form gesellschaftlicher Arbeit. Und der bewußte Träger dieser Entwicklung ist das moderne Proletariat, ein Kulturträger im wahrsten und einzigen Sinne des Wortes.

### Das Frauenwahlrecht in den Vereinigten Staaten.\*

Es ist nur noch eine Frage weniger Jahre, daß in der nordamerikanischen Union die Frauen ihre politische Gleichberechtigung erlangt haben werden. Die Union umschließt

\* Dieser Artikel langte ebenfalls zu spät an, um noch vor dem Frauentag veröffentlicht werden zu können.

48 Staaten, und 10 davon haben bereits das aktive und passive Frauenwahlrecht eingeführt. Alle diese Staaten liegen im Westen des Mississippistromes, drei davon an der Küste des Stillen Ozeans. Das weist darauf hin, in welchem Teil der Republik das Frauenwahlrecht zuerst verwirklicht werden wird. Ihr Westen ist Neuerungen zugänglicher als der mehr konservativ gerichtete Osten. In einigen der westlichen Staaten besteht das Frauenwahlrecht schon seit vielen Jahren, vier von ihnen haben es während der letzten Kampagne zur Präsidentenwahl eingeführt.

Kolorado gehört zu den Staaten, deren politisches Leben wegen der Wirkungen des Frauenwahlrechts besonders aufmerksam verfolgt worden ist. Die darüber vorliegenden Berichte lauten verschieden. Viele behaupten, daß die politische Gleichberechtigung der Frau die politische Atmosphäre gereinigt und die Gesetze zugunsten der Frauen und Kinder vermehrt habe. Die Wahrheit ist, daß die Einführung des Frauenwahlrechts den Charakter des politischen Lebens in Kolorado nicht verändert hat. Die Frauen stimmen genau wie die Männer des Staats nach ihren wirtschaftlichen Interessen. Es ist wahr, daß eine große Zahl von Gesetzen zum Schutze von Frauen und Kindern angenommen worden sind, aber keine Gesetze, die sich auf die Arbeitsbedingungen beziehen. Die Arbeiterschutzgesetze, die den Proletariern in den Fabriken und Bergwerken zugute kommen, sind durch die Initiative der Frau in Kolorado nicht verbessert worden. Was an gesetzlichem Arbeiterschutz besteht, das ist durch die männlichen und weiblichen Arbeiter selbst erzwungen worden, und die Arbeiterschutzgesetze sind in Kolorado nicht besser als in anderen Staaten, wo das Frauenwahlrecht nicht besteht. Auf einem Gebiet sind die Frauen in Kolorado tätig gewesen. Sie ließen sich angelegen sein, Gesetze zu sichern, die das Schulalter minderjähriger Mädchen gegen Verführung erhöhen, Gesetze, die das Verfügungsrecht der Frauen über ihr Eigentum erweiterten und der Mutter das Recht verliehen, zusammen mit dem Vater die Vormundschaft über die Kinder auszuüben. Alle diese Gesetze beziehen sich auf die Stellung der Frau als Angehörige ihres Geschlechts, sie regeln das rechtliche Verhältnis zwischen Mann und Weib, aber sie berühren nicht die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen den Klassen. Staatsrichter *Lindsay* von Kolorado erklärte neulich: soweit seine Beobachtungen über die Ausübung des Frauenwahlrechts reichten, habe er gefunden, daß die Frauen genau so gut wie die Männer von dem Einfluß der großen Unternehmerorganisationen erreicht werden könnten. Dieses Zeugnis stammt von einem Manne, der ein guter Anhänger des Frauenwahlrechts ist und seine Ausübung eine Reihe von Jahren aufmerksam verfolgt hat.

Kalifornien ist ein westlicher Staat, der den Frauen vor nicht zu langer Zeit das Wahlrecht verliehen hat. Vor mehr als einem Jahre führten dort die Sozialisten in der Stadt *Los Angeles* eine energische Wahlkampagne zur Gemeindevertretung, und von manchen wird behauptet, daß sie dabei durch die Stimmen der Gemeindegewählerinnen geschlagen worden wären. Von den Sozialisten selbst wird das entschieden bestritten, sie sind der Meinung, daß der Wahlkampf auch dann nicht wesentlich anders ausgefallen wäre, wenn die Frauen das Wahlrecht nicht besessen hätten.

In Kansas haben die Frauen kürzlich ihre volle politische Gleichberechtigung erhalten, nachdem sie dort erst einige Zeit ein teilweises Wahlrecht besessen hatten. Da ich zwei Jahre in diesem Staate wohnte, hatte ich Gelegenheit, die Betätigung der Frauen im politischen Leben zu beobachten. Es ist kein Zweifel, daß in den ländlichen Gegenden des Staates, wie auch in den Städten, zumal den kleinen, die Frauen im allgemeinen konservativer als die Männer sind, sie gingen mit den kapitalistischen Parteien. In einigen Städten haben bei Gemeindegewahlen die Frauenstimmen den Ausschlag gegen die Sozialisten gegeben, weil die wohlhabenden Frauen rühriger gewesen und zahlreicher zur Urne gegangen sind als die Frauen der Arbeiterklasse. Was da-

gegen die Grubenarbeiterschaft im Staate anbelangt, so sind deren Frauen Sozialistinnen und sie stimmen nach ihren Klasseninteressen wie die Männer. Nach der letzten Wahl in Kansas, bei der die Sozialisten mehrere bemerkenswerte Siege errangen, gab eine hervorragende Parteigängerin der Kapitalisten den Gefühlen ihrer Klasse Ausdruck. Sie erklärte: Bei folgenden Wahlen werden wir uns gegen die Sozialisten sammeln und sie aus ihren Ämtern hinauswerfen.

Diese Tatsachen, so glaube ich, lassen erkennen, wie die sozialistische Partei das Frauenwahlrecht zu bewerten hat. Sie zeigen, daß die Frauen wie die Männer ihren Klasseninteressen folgen und daß daher an dem Ergebnis der Wahlen im allgemeinen nichts dadurch geändert wird, daß auch die Frauen wahlberechtigt werden. Man darf nicht vergessen, daß die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts anfangs das Wahlergebnis zuungunsten der Sozialisten beeinflussen kann und schon manches Mal beeinflusst hat, weil die Frauen im allgemeinen konservativer als die Männer sind. Allein dieser Umstand hält die sozialistische Partei in den Vereinigten Staaten keineswegs davon zurück, nachdrücklich für das Frauenwahlrecht zu kämpfen. Der Umstand besagt nur, daß verdoppelte Anstrengungen gemacht werden müssen, um die Frauen des arbeitenden Volkes zu Sozialistinnen zu erziehen, damit sie wissen, wie sie den Stimmzettel zu gebrauchen haben, wenn sie ihn erhalten. Das wird von der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten ganz klar erkannt, und sie bietet alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel auf, um die Frauen durch die sozialistische Propaganda zu erfassen.

Bei den letzten Legislativ- und Präsidentschaftswahlen ist die Fortschrittspartei unter *Roosevelts* Führung für das Frauenwahlrecht eingetreten. Dies geschah zu dem Zwecke, die starke Strömung für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auszunutzen, die in der bürgerlichen Frauenwelt vorhanden ist, und in den Staaten, wo das Frauenwahlrecht besteht, durch die Stimmen der Wählerinnen die Entscheidung zugunsten *Roosevelts* zu lenken. Die Fortschrittler verbreiteten die falsche Behauptung, daß ihre Partei die einzige sei, die das Frauenwahlrecht fordere und Frauen zu ihren Kongressen und Ausschüssen als gleichberechtigt zulasse. Diese Behauptung wurde von mehr als einem Duzend führender bürgerlicher Frauenrechtlerinnen unterzeichnet, von denen viele wußten, daß sie unrichtig war. In mancher Beziehung sind diese Vorgänge für die sozialistische Partei von Nutzen gewesen. Bis dahin waren viele Frauen der Arbeiterklasse geneigt gewesen, die bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisationen zu unterstützen, nun aber lernten sie aus Erfahrung, daß der Klassenkampf unter den Frauen so scharf und bitter ist wie unter den Männern.

Dank den Bemühungen des Nationalen sozialistischen Frauenkomitees unserer Partei war eine Massenpetition an den Bundeskongreß der Vereinigten Staaten in Umlauf gesetzt worden, die eine Verfassungsänderung zugunsten der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts fordert. Das sozialistische Mitglied des Kongresses, *Genosse Berger*, hat diese Petition nebst einer entsprechenden Resolution beim Bundesparlament eingereicht. Zum erstenmal ist damit in diesem von einer politischen Partei das Frauenwahlrecht gefordert worden. Binnen kurzem wird die sozialistische Partei überall, wo sie Zweigorganisationen besitzt, den Frauentag abhalten. Diese Versammlungen verfolgen insgesamt den Zweck, das Interesse und das Verständnis für das Frauenwahlrecht zu erhöhen und der Partei neue Anhängerinnen zuzuführen. Tausende von Frauen hören alljährlich am Frauentag zum erstenmal vom Sozialismus. Während die sozialistische Partei stetig und eifrig für die Erreichung des Frauenwahlrechts wirkt, mißt sie gleichzeitig jede Gelegenheit aus, um die Frauen zu dem richtigen Ge-

brauch des Stimmzettels zu erziehen, sie reif zu machen, sich seiner zur Förderung der Interessen ihrer ganzen Klasse und damit ihrer Kinder, ihrer Brüder und Schwestern und des eigenen Wohles zu bedienen. May Wood-Simons, Chicago.

## Der sozialdemokratische Frauentag.

### 1. In Deutschland.

Wer noch daran zweifeln könnte, daß es in Deutschland Massen erwachter Proletarierinnen sind, die im Vordertreffen des Kampfes für das volle Bürgerrecht ihres Geschlechts stehen, den müßte der sozialdemokratische Frauentag darüber belehren. Das ist ein Anschauungsunterricht, dessen Eindruck sich niemand zu entziehen vermag, der Tatsachen vorurteilslos würdigt. Zu Fleisch und Blut verkörpert tritt da in Zehntausenden und aber Zehntausenden Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen der Beweis vor die Öffentlichkeit, daß wachsende Scharen von Proletarierinnen mit reifer Erkenntnis und starkem Willen ihre politische Gleichberechtigung fordern. Der Umfang, aber auch die Tiefe der Umwälzung läßt sich daran ermessen, die sich unter dem unerbittlichen Einfluß des Kapitalismus in den Existenzbedingungen und damit auch in den Bedürfnissen und Idealen der Frauenwelt vollzieht. Und noch ein anderes: Der nie ermattende Eifer, mit dem in der Sozialdemokratie, und zwar vornehmlich von den Genossinnen, daran gearbeitet wird, diese Umwälzung mit ihren treibenden Kräften und unaufhaltbaren Folgen immer größeren proletarischen Frauenmassen zum Bewußtsein zu bringen und dieses Bewußtsein zum Handeln zu schmieden, das nicht von dem klar geschauten Ziele abirrt. Ernst, unaufhaltsam drängen die Proletarierinnen vorwärts, die ihre rechtliche Unmündigkeit im öffentlichen Leben als eine Demütigung und Schädigung bitter empfinden. Ihrem Ringen wohnt erhöhte Bedeutung inne, weil in Deutschland die bürgerliche Frauenbewegung im Kampfe für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts als Landsturm nachhumpelt. Bei uns geschlossene und entschlossene Reihen im Namen des Rechts aller. Bei jenen — von dem Fährlein der sieben Aufrechten um Frau Bauer abgesehen — Lauheit und Zerfahrenheit. Die Damen schachern um den Anteil, der dem Recht des Geschlechts an der Macht des Besitzes werden soll, so daß sie weder ein großes noch ein einheitliches Ziel haben können. Wo sind bei uns die bürgerlichen Frauenmassen, die für das Wahlrecht aller Großjährigen, für das allgemeine Frauenwahlrecht kämpfend auf den Plan treten? „Ein Narr wartet auf Antwort.“

In Verbindung mit diesem Gegensatz des Hüben und Drüben springt ein zweiter in die Augen. Die Sozialdemokratie trägt mit ihrer Erkenntnis und Kraft den Frauentag, nicht minder gilt das von der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Die eine revolutionäre Arbeiterbewegung, die Ziel und Weg, Geist und Herzschlag vom Sozialismus empfängt, empfindet es als ihr stolzes Vorrecht, im Kampfe für die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts dem Fortschritt, der Gerechtigkeit die Gasse zu bahnen. Sie weiß, daß sie auch damit als bewußt wirkende geschichtliche Kraft den großen Frühling der befreiten Menschheit vorbereiten hilft. In den bürgerlichen Parteien ist von solcher Einsicht und solchem Willen kaum ein vereinzelter schwacher Hauch zu spüren. Wenn die Forderung des Frauenwahlrechts an sie herantritt, drücken sie sich mürrisch und verdrossen oder auch albern witzelnd zur Seite, dafern sie nicht sofort wider dies unbequeme Begehren zum Faustschlag ausholen, der einstweilen noch immer das Ende vom Liede ist. Erst in den letzten Wochen haben die Verhandlungen des Reichstags über den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag das wieder einmal mit der wünschenswerten Schärfe beleuchtet. Es ist mehr als der zopfige Sinn des Spießbürgers, als der Egoismus des Mannes, der sich in diesem Gegensatz offenbart. Es ist die Greisenhaftigkeit des Liberalismus, die beschränkte Selbstsucht der ausbeutenden Klassen auf der einen Seite, auf der anderen aber die aufhellende und befruchtende Macht des Sozialismus, der Idealismus des ausgebeuteten, befreiungssehnsüchtigen Proletariats.

Hält man das fest, so begreift man, daß der sozialdemokratische Frauentag eine achtunggebietende Veranstaltung werden muß, auch wenn die Umstände so ungünstig liegen, als dies heuer der Fall war. Wir wollen das über die Situation bereits früher Gesagte nicht wiederholen, sondern mit großer Genugtuung feststellen, daß aller Ungunst der allgemeinen Verhältnisse zum Trotz unsere Kundgebung für das Frauenwahlrecht nach Umfang und

Verlauf ein großer Erfolg war. Wir dürfen ihn ruhig und ohne uns durch Übertreibungen selbst zu täuschen um so höher einschätzen, je schwerer der Druck der politischen und wirtschaftlichen Lage mit ihren Aufgaben für unsere Organisationen auf den arbeitenden Massen lastet, und je kürzer die Spanne Zeit war, die für die Vorbereitung unserer Frauenversammlungen zur Verfügung stand. Da laut Beschluß des Parteivorstandes und Parteiausschusses der Frauentag nur in den größeren Städten und Industrieorten stattfinden sollte, ist selbstverständlich die Zahl der Veranstaltungen hinter der der beiden Vorjahre zurückgeblieben. Immerhin kann man nach den vorliegenden einzelnen Berichten erkennen, daß auch die heurige Agitation eine stattliche Zahl der Orte erfaßt hat, in denen eine sozialdemokratische Organisation wirkt. Leider hat weder unser Zentralorgan, der „Vorwärts“, noch das Pressebureau einen Überblick darüber gegeben. Uns liegen die Berichte von über 300 Versammlungen vor, und diese Zahl gibt keineswegs den ganzen Umfang des Frauentags an. Unter den Orten, in denen die Sozialdemokratie zur Förderung des Frauenwahlrechts aufrief, befinden sich erfreulicherweise nicht wenig kleinere; in manchen von ihnen ist vielleicht zum erstenmal die Frauenfrage eingehend vom sozialistischen Standpunkt aus erörtert worden.

Es soll nicht geleugnet werden, daß hier und da die Beteiligung an den Frauentagsveranstaltungen hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, ebenso daß in dem und jenem Orte die Vorbereitungsarbeiten zu wünschen übrig ließen. In Hannover, Linden, Schweinfurt und anderwärts konnte zum Beispiel das Frauentagsblatt nicht verbreitet werden, weil es nicht rechtzeitig oder nicht richtig bestellt worden war. Im allgemeinen trifft wohl die Beobachtung zu, die führende Genossinnen aus Schlesien und anderen Gegenden melden: Die Frauenversammlungen waren dort gut, ja glänzend besucht, wo das geistige Leben der Proletarier überhaupt ein reges ist, wo ihre Betätigung über das politische und gewerkschaftliche Alltagswerk hinausgreift und weittragender sozialistischer Erziehungsarbeit dient, wo neben geschulten Genossen durchgebildete Genossinnen wirken. In den Orten, wo unsere Bewegung noch nicht so weit fortgeschritten ist, befandete sich natürlich in mäßigem Versammlungsbefuch ein geringeres Interesse für den Frauentag und seine Forderung. Aber ist das nicht gerade der Beweis, wie notwendig hier Erweckung und Aufklärung war? Der Frauentag leistet unter solchen Umständen die unschätzbare erste Pionierarbeit zum Verständnis der Frauenwahlrechtsforderung. Alles in allem dürfte die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Frauentag die des letzten Jahres eher überschritten haben, als daß sie hinter ihr zurückgeblieben ist. Die meisten Versammlungen waren gut besucht, viele „überfüllt“, „glänzend“, „außerordentlich stark“; zahlreich sind die Versammlungsberichte, in denen hervorgehoben wird, daß der Andrang der Frauen ganz erheblich größer war als im Vorjahr. Hier einzeln, dort in Gruppen, wo anders in Zügen zu vielen Hunderten, so kamen die Proletarierinnen zu den Stätten, wo ihr Bürgerrecht gefordert wurde. In manchen Städten und Stadtteilen veränderten die zusammenströmenden Frauenmassen das sonntägliche Straßenbild, sie gaben ihm das Gepräge, die zahlreich aufgebotene Polizei ließ die Bedeutung davon noch sinnenfälliger hervortreten.

Vielorts hatten die Genossinnen allein oder doch in hervorragendem Maße die mühevolle Kleinarbeit der Vorbereitung unseres Tages getroffen. Wie strahlten ihre Mienen, wenn „alles klappte“, der Erfolg die aufgewendete Zeit und Kraft lohnte! Gesang — oft von Frauenchören — oder Deklamation eröffnete und schloß stimmungsvoll viele Veranstaltungen. Fast überall wurden die Versammlungen von Genossinnen geleitet, wenn irgend möglich, so stand eine Genossin auf der Tribüne, um den Rechtsanspruch ihres Geschlechts zu begründen. Und mit welcher gespannter, leidenschaftlicher Aufmerksamkeit folgten die versammelten Frauen den Ausführungen, wie gehoben und begeistert war die Stimmung, die sie untereinander und mit den sozialistischen Schwestern im Ausland verband, die sie eines Zieles und eines Weges mit sich selbst wußten. Der Hinweis auf den internationalen Charakter des Frauentags, auf die Genossinnen anderer Länder und ihren Kampf löste jedesmal stürmischen Beifall aus. In den meisten Versammlungen haben wohl die Frauen den überwiegenden Teil der Zuhörerschaft gestellt, in keinem Ort aber dürften männliche Proletarier ganz gefehlt haben. Nicht wenige unserer Genossen haben sich als Redner in den Dienst unseres Frauentags gestellt, jedoch mehr als diese Außerlichkeiten legte das Wesen, der Geist unseres Frauentags beredtes Zeugnis dafür ab, daß auch im Kampfe für das volle soziale Recht des Weibes die Ausbeuteten ohne Unterschied des Geschlechts unter der Führung der Sozialdemokratie zusammenstehen.

So hat der Frauentag gehalten, was er leisten soll. Er ist eine imposante sozialdemokratische Massenkundgebung für das Frauenwahlrecht gewesen, dem die bürgerliche Welt in Deutschland nichts Ebenbürtiges an die Seite zu stellen hat, ja neben deren Umfang, Ernst und Wucht auch die raffiniert in Szene gesetzten glänzenden Paraden der amerikanischen und englischen Frauenrechtlerinnen vergleichen. Er hat damit den Mut und die Arbeitsfreudigkeit der Genossinnen gestärkt, die ihre öffentlich-rechtliche Mündigkeitserklärung fordern, um das höchste aller Rechte ausüben zu können: gleiche Pflichten wie der Mann zu erfüllen und auch im öffentlichen Leben seine gleichwertige Gefährtin zu sein, um besser gerüstet dem Sozialismus zu dienen. So hat er das Bewußtsein der unzlässlichen Zusammenhänge vertieft und gefestigt, die die Proletarierinnen mit der Sozialdemokratie verbinden. Unsere Kundgebung ist ein großer Sättag sozialistischer Ideen gewesen, sie hat ein gewaltiges Stück Aufklärungs- und Sammlungsarbeit geleistet. Dem Frauenwahlrecht wurden neue Kämpferinnen und Kämpfer gewonnen, und insbesondere ungezählte Frauen sind neu unter das sozialistische Banner getreten, das bestätigt die Ausdehnung des Leserkreises unserer Presse. Der Frauentag ist aber auch zu einem glänzenden Zeugnis für das Verständnis, den Eifer, die Hingabe unserer tätigen Genossinnen geworden. Wie haben sie gearbeitet, damit sie sich seiner freuen konnten! In Versammlungen und Sitzungen, in der Partei- und Gewerkschaftspresse, durch die Verbreitung von Flugblättern und Aufrufen, durch zahllose Hilfsleistungen, die nicht ins Auge fallen, die das Ohr nicht fesseln und die doch erst den Erfolg sichern. Mit welcher außerordentlichen Energie unsere redgewandten Genossinnen tätig gewesen sind, davon erhält man eine Ahnung, wenn man die Versammlungsberichte überfliegt. Kaum eine von ihnen, die nicht am 2. und 3. März tätig und mindestens bei je zwei Veranstaltungen gesprochen hat, viele sind noch darüber hinausgegangen und hatten außerdem oft genug bezwischene Wahnfahrten usw. zurückzulegen. Den deutschen Genossinnen hatte sich, wie im vorigen Jahre auch, aus Italien Genossin Balabanoff zugesellt, die verkörperte Opferfreudigkeit im Dienste unseres Ideals. Und diese Tatsache voller Verheißungen kräftigen Fortschreitens unserer Bewegung: ein stattlicher Stab von Genossinnen ist zum ersten Male rednerisch ins Licht getreten, wie auch bei der Leitung der Versammlungen und sonst Genossinnen jenen Schritt gemacht haben, der am meisten kostet. Unser Frauentag ist unzweifelhaft ein unwiderstehliches Mahnen und Ermutigen für zaudernde, zaghafte Kräfte. Indem er den Genossinnen vermehrte und erhöhte Aufgaben stellt, schärft er ihr Pflichtgefühl, stärkt aber auch ihr Selbstvertrauen und steigert mit der Leistungstüchtigkeit die Arbeitsfreudigkeit. Unsere gesamte sozialistische Bewegung wird auch in dieser Beziehung die reichen Früchte des Frauentags ernten.

Fast man den vielseitigen Wert unserer Kundgebung zusammen, so begreift man, warum die Herzen der Genossinnen höher schlagen, wenn sie an den Frauentag denken, daß ihr Eifer sich immer wieder beflügelt, wenn sie für ihn wirken, daß ihre Begeisterung zündend, forttreibend wirkt, wenn sie ihn feiern. Unser Tag hat sich seinen Platz in der sozialistischen Bewegung erobert, er wird ihn behalten.

Bürgerliche Frauen befanden sich hier und da in verschwindender Zahl unter der Zuhörerschaft. Aus drei Orten wird berichtet, daß frauenrechtlerische Führerinnen das Wort ergriffen. In einer Versammlung zu Berlin hatte Fräulein Freitag den Geschmach, den preussischen Wahlrechtskämpfern das — Damenwahlrecht anzupreisen. Frau Walzer knüpfte in Magdeburg an die Rede der Genossin Pich Ausführungen, die die unüberbrückbare Kluft zwischen bürgerlicher und proletarischer Frauenbewegung zeigen. In Nürnberg flatterte die eine frauenrechtlerische Schwalbe auf, die im Wahlrechtskampf keinen Sommer macht. Die Vorsitzende der Frauenstimmrechtsgruppe Nürnberg-Fürth, Fräulein Sammetfeder, sprach einer sozialdemokratischen Frauenversammlung ihre wärmste Sympathie aus und betonte, daß ihre Organisation politisch neutral sei und in der Sozialdemokratie die konsequente Vertreterin ihrer Forderungen erblicke. Sie begrüße das mächtige, achtungsgebietende Vorgehen der zum Klassenbewußtsein erwachten proletarischen Frauen.

In Groß-Berlin fanden insgesamt 40 Versammlungen statt, davon in der Stadt selbst 12, 18 im Wahlkreis Charlottenburg-Teltow-Weesow und 10 in Niederbarnim. Die Genossinnen sammelten sich meist in den Lokalen ihrer Les- und Diskussionsabende und marschierten von dort in geschlossenen Rügen nach den Versammlungsorten, von denen

mehrere bald überfüllt waren. Züge der Genossinnen im zweiten und sechsten Wahlkreis fielen durch die roten Ketten besonders auf, die die Teilnehmerinnen als Abzeichen trugen. Zahlreiche Polizeimannschaften in der Nachbarschaft der Versammlungsorte bewachten reiblosgerüstet die Stadt vor dem „Umsturz“ durch die Frauen, die sich nicht einmal von einem Instrument des Himmels ins Haus zurückposaunen lassen wollten. Nach dem Schluß der Versammlungen, die glänzend verliefen, wurden manche Züge der Genossinnen von einer Ehrengarde rabelnder Polizisten fürsorglich an ihr Ziel geleitet. Frankfurt a. M., Fürstenwalde und Forst hielten ihren Frauentag, die letztere Stadt hatte noch nie eine ähnliche Massenversammlung gesehen wie am 2. März. Aus vielen schlesischen Orten werden Veranstaltungen gemeldet, so aus Liegnitz, Goldberg, Parchwitz, Hahnau, Ruhland, Hoyerwerda, Weißstein, Neumarkt, Altwasser, Deutsch-Bissa usw. In Görtlich fanden zwei gute Versammlungen statt, in Breslau war der Frauentag ein schöner Erfolg. Von den Veranstaltungen im Nordosten des Reiches seien die in Königsberg und Danzig hervorgehoben. In Pommern hatte unmittelbar vor dem Frauentag eine größere Agitation unter den Proletarierinnen durch Genossin Leu stattgefunden; deshalb wurden am 2. März nur noch in Stettin, Bülchow und Greifswald Versammlungen abgehalten, von denen die in Stettin am bedeutendsten war. Die meisten der zehn Veranstaltungen im Wahlkreis Kiel waren erfolgreich. Hier erfaßte unsere Agitation außer Kiel nicht bloß größere Orte wie Neumünster und Neudenburg, sondern auch Preetz, Elmshagen, Neumühlen-Dietrichsdorf usw.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich der Frauentag in Hamburg-Altona und Umgebung, wo 19 Versammlungen abgehalten wurden, die durchweg zahlreichen Besuch aufwiesen, von denen manche überfüllt waren. Imposant war die Kundgebung in Bremerhaven, aus Bremen, Arsten, Oldenburg wird ein würdiger Verlauf des Frauentags gemeldet. Außerordentlich war der Andrang der Proletarierinnen zu der Versammlung in Braunschweig, die Genossinnen in Hannover, Linden und Kassel dürfen mit Genugtuung auf die Werbekraft und den Verlauf ihrer Kundgebung zurückblicken. Prächtige Erfolge brachten auch die Versammlungen in Eschwege, Lichtenau, Wihenhäusen und Schmalkalden. In Wihenhäusen fühlte sich der Überwachende sicherlich durch den Namen des Ortes verpflichtet, auf die Erheiterung der Versammelten bedacht zu sein. Mit sorgengerungelter Stirne hatte dieser Brave entdeckt, daß der Ordnung im preussischen Staate schwere Gefahr durch die Anwesenheit eines 7 Monate alten Widelkindchens drohte. Die Mutter mußte sich des Kleinen wegen entfernen, da, wie der Herr Bachmeister ebenso tiefinnig als richtig bemerkte, „die Person des Säuglings noch nicht 18 Jahre alt war“. Es geht doch nichts über Amtswiesheit! Übrigens erstreckte sich die polizeiliche Fürsorge in Wihenhäusen auch auf die Referentin, Genossin Fahrenwald. Ritterlich folgte ihr ein Überwachender bis an den 20 Minuten entfernten Bahnhof. Halle darf sich einer ungemein glänzenden Frauenversammlung rühmen, das gleiche gilt von Magdeburg, wo kaum je mehr kämpfende Proletarierinnen aufmarschiert sind als am 2. März. Aus dem Bezirk seien noch die Veranstaltungen in Burg, Schönebeck, Halberstadt, Thale, Wernigerode, Tangermünde und Osterwieck hervorgehoben.

In einigen Orten des Rheinlands war der Frauentag ein sehr großer Erfolg. Der Zustrom zu der Veranstaltung in Düsseldorf war so gewaltig, daß eine zweite Versammlung improvisiert werden mußte, der Besuch in Elberfeld überstieg bei weitem den des Vorjahres, der in Warmen war äußerst zahlreich; in Köln war der große Saal im Volkshaus mit samt den Galerien so dicht besetzt, daß trotz der Entfernung der Tische nicht genug Sitzplätze vorhanden waren und viele Erschienenen sich stehend drängten. Nicht gut besucht war die Versammlung in Aachen, um so besser die in Mülheim. Zum Frauentag hatte die Sozialdemokratie auch in Bonn, Düren, Solingen, Remscheid, Essen und anderen Orten aufgerufen und durfte meist guten Besuch verzeichnen. Aus Westfalen verdient die erfolgreiche Versammlung in Dortmund besondere Erwähnung. Starke Beteiligung und begeisterte Stimmung zeichneten die Kundgebungen in Frankfurt a. M. und Offenbach aus. Meist gelungene Versammlungen fanden in Wiesbaden, Dohrenheim, Hanau, Höchst und 8 Orten der Umgebung statt, sowie in 7 Orten, die in der Nachbarschaft von Offenbach liegen. In Darmstadt sammelten sich die Genossen und Ge-



nossinnen aus 22 Orten, in Bischofsheim die von 16 Mitgliedern zu größeren Veranstaltungen. In Thüringen wurde dieses Jahr besonders der Waldbezirk berücksichtigt. In nicht weniger als 40 kleineren Waldorten fanden Versammlungen statt, die zum Teil sehr gut besucht waren. Außerdem werden Veranstaltungen gemeldet aus: Jünnenau, Jena, Eisenach, Arnstadt, Greiz, Zeulenroda, Mühlhausen, Saalfeld, Langensalza, Pöbneck, Sommerda und mehreren Orten in Schwarzburg-Sondershausen.

Der Verlauf des Frauentags im Königreich Sachsen kann sich sehen lassen. Die Veranstaltung in Leipzig war zahlreich besucht, außerordentlich stark war der Andrang zu den 5 Frauenversammlungen für Dresden und Umgegend, die insgesamt von flammender Begeisterung getragen waren, von denen insbesondere die im dichtgefüllten Volkshausaal zu Dresden den Teilnehmern einen unauslöschlichen Eindruck hinterließ. Die junge proletarische Frauenbewegung in Zittau durfte sich dieses Jahr zum ersten Male eines recht erfolgreichen Frauentags erfreuen. Im Bezirk Chemnitz wurde die Forderung des Frauenwahlrechts in 20 Versammlungen vertreten, von denen einige mäßig, andere aber gut besucht waren. 5 davon tagten allein in Chemnitz selbst, Burgstädt, Limbach, Annaberg, Glauchau, Lugau, Meerane, Rössen usw. wurden von der Agitation erfasst. Die Sozialdemokratie in Baden kann mit Befriedigung auf Versammlungen zurückblicken, die in Mannheim, Schwetzingen, Rheinau, Ladenburg, Karlsruhe, Durlach, Forzheim und Freiburg getagt haben. Kurz vorher hatte Genossin Blase im Wiesenthal eine Agitation unter den Frauen betrieben, die ebenfalls gute Ergebnisse gezeitigt hat. Groß ist die Zahl der Frauentagsveranstaltungen in Württemberg gewesen. Aus mehr als 20 Orten liegen Berichte vor, nach denen die meisten Versammlungen einen befriedigenden Verlauf genommen haben. Durch guten Besuch zeichneten sich besonders die zwei Kundgebungen der Frauen in Stuttgart aus, ferner die in Ulm, Heidenheim, Gmünd, Göppingen, Zuffenhausen, Ehlingen usw. Von den vielen Versammlungen in Bayern erheben sich ganz besonders die in München und Nürnberg über einen Durchschnitterfolg. In München und Pasing wiesen die 7 Veranstaltungen der Partei einen starken Besuch auf, in Nürnberg waren die 10 einberufenen Versammlungen überfüllt. Hier hatte unser Parteiorgan, die „Fränkische Tagespost“, dem Frauentag eine vierseitige Beilage trefflichen Inhalts gewidmet. Sie hat das gesprochene Wort glücklich ergötzt. Auch aus Ludwigshafen und Umgebung, aus Schwabach, Schweinfurt, Fürth und Würzburg werden erfolgreiche Veranstaltungen berichtet.

Die in der letzten Nummer mitgeteilte Resolution ist überall unter Beifall einstimmig zur Annahme gelangt.

## 2. In Oesterreich.

Der dritte Frauentag der sozialdemokratischen Frauen Wiens gestaltete sich zu einer imposanten, eindrucksvollen Kundgebung. Noch fehlen die Berichte aus dem Reiche. Es waren insgesamt weit über 100 Versammlungen vorbereitet, und seit Wochen wurde von einem ganzen Stabe von Genossinnen in intensivster Weise für den Frauentag gearbeitet. In alle Orte flatterten Flugblätter, die oben eine Vignette trugen, eine Wahlurne darstellend, in die Mann und Frau den Stimmzettel legen. Der „Frauentag“, die Wahlrechtszeitung der österreichischen Genossinnen, war schon in den letzten Tagen in 30 000 Exemplaren verkauft. Fast 2 Meter hohe Plakate waren in der letzten Woche in ganz Wien angehängt. Sie zeigten einen Frauenzug, über den sich ein rotes Banner breitet mit der weithin leuchtenden Aufschrift: Den Frauen ihr Recht. Viele Tausende von Bezirks- und Branchenversammlungen hatten sich mit der Agitation für den Frauentag befaßt. Und nun war endlich Sonntag, der 9. März, da. 30 Genossinnen reisten als Rednerinnen von Wien in die Provinz. Auch viele Genossinnen, Reichsratsabgeordnete und Gemeinderäte, stellten sich als Referenten zur Verfügung. In Wien fand wieder eine einzige Versammlung statt. Diesmal in der Volkshalle des Rathauses. Der gegenwärtige Bürgermeister von Wien hatte dem Frauenrechtskomitee diesen großen Versammlungsraum zur Verfügung gestellt.

Die Genossinnen kamen aus den Bezirken in geschlossenen Zügen in das Rathaus. Rote Fahnen flatterten voraus, Mädchen mit roten Bändchen im Haar und breiten roten Schärpen waren die Bannerträgerinnen. Viele Bezirke hatten für den Frauentag neue prächtige Standarten anfertigen lassen. Fast jeder Bezirk ent-

sendete einige Hunderte Frauen, und viele, viele waren allein gekommen, um sicher Platz zu finden. Als um 3 Uhr die Versammlung mit dem Chor eröffnet wurde: „Empor zum Licht“, da war in dem weiten Raume ein mächtiges Gedränge. Vor der Halle waren so viele Menschen, daß auch dort eine — freilich nicht angemeldete — Versammlung abgehalten wurde, in der Genossen und Genossinnen Ansprachen hielten. Die Versammlung in der Volkshalle wurde von Genossin Schlesinger eröffnet. Genossin Popp erstattete das Referat. Nach ihr sprach Genosse Winarsky namens der Partei, Genosse Deuthner für den Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten. Für die Reichsorganisation der bürgerlichen Frauen sprach Frau Granitsch, für die Genossenschaft der Schneiderinnen Frau Poppowitsch. Diese sagte, daß sie zwar die Vertreterin von kleinen Näherinnen sei, daß diese aber nicht weniger die Not der Rechtlosigkeit spüren und daß sie wie die Arbeiterinnen um das Wahlrecht kämpfen wollen.

Folgende Resolution gelangte in Wien und in allen anderen Versammlungen zur Annahme:

„Zum dritten Male sind heute am 9. März 1913 die Frauen und Mädchen versammelt, um ihrer Forderung nach vollständiger politischer Gleichstellung mit dem Manne Ausdruck zu geben. Mit uns sind eines Sinnes die Frauen aller Kulturstaaten, in welchen sie noch nicht die Gleichberechtigung erlangt haben. Die Beispiele von Finnland, Norwegen und zwölf Staaten Amerikas, wo die Frauen gleiche Staatsbürgerrechte besitzen, und die Beispiele von Schweden, Dänemark und England, wo Frauen das kommunale Wahlrecht ausüben, beweisen, daß die Argumente gegen die geistigen Fähigkeiten der Frauen oder gegen ihre Interesslosigkeit in politischen Dingen Vorurteile sind, die durch die Tatsachen widerlegt werden.“

Die weibliche Bevölkerung Oesterreichs, welche in der Industrie, im Handel und Verkehr und in der Landwirtschaft gleiche Pflichten wie der Mann zu erfüllen hat, empfindet es als harte Ungerechtigkeit und als ein Schandmal dieses Staates, daß selbst das primitivste politische Recht, sich politisch organisieren zu dürfen, noch nicht volle Gesetzeskraft erlangt hat. Nachdrücklich erheben die beim Dritten österreichischen sozialdemokratischen Frauentag versammelten Staatsbürgerinnen die Forderung nach voller politischer Gleichstellung, vor allem nach dem allgemeinen, direkten aktiven und passiven Wahlrecht für Staat, Land und Gemeinden.

Die versammelten Frauen erklären ihre feste Entschlossenheit, in den Reihen der sozialdemokratischen Partei unablässig zu arbeiten, um alle arbeitenden Frauen dem Sozialismus zuzuführen, in der Erkenntnis, daß der Sieg des Sozialismus die vollständige Befreiung der Frauen von geistiger Knechtung und politischer Rechtlosigkeit verwirklichen wird. Der Dritte Frauentag macht es allen arbeitenden Frauen und Mädchen zur Pflicht, unablässig zu organisieren und jederzeit bereit zu sein, wenn sie zu einem neuen Vorstoß zur Eroberung der politischen Gleichberechtigung aufgerufen werden.“

Zum Schluß dieses eiligen Berichtes: Wir sind mit unserem dritten Frauentag zufrieden. Man mag sich fragen, ob die aufgewendete viele Arbeit im Verhältnis steht zu dem, was der Frauentag ist. Darauf ist mit Ja zu antworten. Diese intensive Tätigkeit für einen bestimmten Zweck, die Auspeitschung sonst nicht leicht zu bewegender Frauenmassen bedeutet so viel für die Erweckung der Proletarierinnen überhaupt, daß die Arbeit sich reichlich lohnt. Der Zwang, die Aufmerksamkeit auf die politischen Forderungen der Frauen zu richten, wirkt ungemein propagandistisch. Und da die ganze Veranstaltung einen sozialistischen Charakter trägt, so kommt sie unserer Partei, der ganzen sozialistischen Arbeiterbewegung zugute. Adelaide Popp, Wien.

## 3. In Galizien und Oesterreichisch-Schlesien.

Unter sehr ungünstigen Verhältnissen trafen die polnischen Genossinnen in Oesterreich dieses Jahr ihre Vorbereitungen zum Frauentag. Die schwere politische Lage drückt auf alles. Tansende von Vätern und Söhnen hat der Militarismus von ihrer Familie gerissen und an die Grenzen geworfen. Not und Hunger herrschen mehr als je in dem proletarischen Heim. Und dennoch haben die so hart geprüften Frauen des werktätigen Volkes unseren Ruf verstanden und sind zur Demonstration gekommen. Es ist ja das Recht der Frau, für das gekämpft werden soll, es ist der große Kampf der Arbeiterklasse für Freiheit und Gleichheit, zu dem der Frauentag wirkt, es ist deren Ringen für das glücklichere Leben des Kindes, dem es gilt!

In Galizien wurden in Krakau, Lemberg, Neu-Sandec, Tarnow, Premysl, Stonislaw, Kolomea und Stozj große

Versammlungen abgehalten, bei denen die führenden Genossinnen und sozialdemokratische Abgeordnete sprachen. Ostrau, Karwin, Steinau, Dombrau und Oderberg waren die Orte in Polnisch-Schlesien, wo Versammlungen mit guter Beteiligung stattfanden. Redner waren die Genossen Neger, Kunicki und die Unterzeichnete. Bei allen Veranstaltungen wurde die gleiche Resolution angenommen. Die polnischen Genossinnen in Osterreich haben den dritten Frauentag mit dem Bewußtsein abgehalten, ein großes Stück Aufklärungsarbeit im Dienste des internationalen Sozialismus und in Gemeinschaft mit den Schwestern anderer Länder geleistet zu haben.

Dora Kluzinska, Oderberg.

#### 4. In der Schweiz.

Unser Frauentag gewinnt von Jahr zu Jahr an Bedeutung. Partei und Gewerkschaftsbund bringen unseren Bestrebungen zusehends lebhafteres Interesse und mehr Unterstützung entgegen. Überall im Lande, nicht nur an den größeren Orten wie Zürich, Bern, Basel, Winterthur, Luzern, Chur, auch an kleineren, wie zum Beispiel Erstfeld im Kanton Uri, fanden bestgelungene Veranstaltungen statt — im ganzen mehr als 20 —, bei denen je ein Redner und eine Rednerin über Frauenwahlrecht und Frauenorganisation sprachen. Die schweizerische Arbeiterinnenbewegung ist im Aufstieg begriffen. Die allerorts mit rührigem Eifer von den Arbeiterinnen selbst in die Hand genommenen Vorbereitungen zum Frauentag sind ein untrügliches Zeichen hierfür. In der Presse, vorab in den Parteiblättern, entfalteten die Genossinnen eine bemerkenswerte Agitation. An allen Demonstrationsversammlungen wurde folgender Resolution zugestimmt:

„Die heutige öffentliche Frauentagung stimmt mit den an mehr als zwanzig Orten zum Dritten schweizerischen Frauentag zusammengetretenen Frauenversammlungen ein in den Ruf der Internationale nach dem Bürgerrecht der Frau in Gemeinde und Staat.

In allen Ländern, wo der Kapitalismus an den wertschaffenden Proletariern sein verflandes Ausbeutungswert ausübt, wächst mit der Entfaltung der Großindustrie die Frauen- und Kinderarbeit. In den Schweizer Fabriken allein kommen auf 211 077 Männer 117 764 Frauen: auf zwei Arbeiter mehr als eine Arbeiterin. Von insgesamt 51 155 Fabrikkindern im Alter von 14 bis 18 Jahren stehen 23 469 Knaben 27 686 Mädchen gegenüber. Und erst die Heimarbeit! Wieviel Menschenkraft und Menschenglück wird durch sie vernichtet! Angesichts der Armut, der Not und des Hungers, der stummen Anklage, die aus diesen Zahlen redet, erhebt der Dritte schweizerische Frauentag lauten Protest gegen die heutige „Ordnung“ im Staate, die Laufende und aber Taufende von schub- und wehrlosen Kindern und Müttern dem Bürger Kapitalismus in die mordgierigen Arme treibt. Er fordert die Verbände und Organe der Partei wie ihre Vertreter in den Behörden mit Nachdruck auf, in Nachsehung des Beschlusses des Parteitag in Neuenburg ungesäumt und mit Entschiedenheit jede Gelegenheit zu nutzen zur Einführung des Frauenstimmrechts zu Kommunal- und Staatsbehörden. Zur Erwerbspflicht das politische Recht!

Denn nur ein auf dem Boden uneingeschränkter politischer Gleichberechtigung beider Geschlechter stehendes Proletariat wird mit Hilfe der eroberten Staatsgewalt imstande sein, im Klassenkampf dem Sozialismus zum endgültigen Siege zu verhelfen: Das Privateigentum an den Produktionsmitteln umzuwandeln in gesellschaftliches, in Gemeineigentum, wodurch alle Massenunterschiede auf immer beseitigt und dem Aufstieg der Menschheit die Wege zu höherer Kultur bereitet sind.“

Marie Walter, Zürich.

#### 5. In Holland.

Obgleich in diesem Augenblick noch nicht von allen unseren Veranstaltungen Berichte eingetroffen sind, kann man doch jetzt schon mit Bestimmtheit sagen: Der internationale Frauentag der holländischen Genossinnen ist wieder ein großer Erfolg gewesen. Wie im vorigen Jahr ist er von ihnen wieder durch intensive Arbeit vorbereitet worden. Durch eifrige Hausagitation hatten sie entsprechenden Flugblätter weite Verbreitung gegeben, die sozialdemokratische Partei ihrerseits ließ durch ihre Zweigorganisationen im ganzen Lande ein Manifest verteilen, auch dort, wo keine Frauentagsversammlung abgehalten wurde. Die künstlerisch ausgestaltete und agitatorisch gehaltene Festsnummer der „Proletarische Vrouw“ enthielt unter anderem Artikel sozialdemokratischer Führer über das Frauenwahlrecht. In 30 Städten fanden am 9. März Versammlungen statt. Dem Wunsche der Genossinnen gemäß war ihnen für

die Versammlung in Amsterdam ein Saal im Palast des Volksrechts zur Verfügung gestellt worden, wo gewöhnlich nur die größten Meetings der Partei stattfinden. Man hatte wohl daran getan. Weit über 2000 Personen, vorwiegend Frauen, füllten den großen Raum und folgten unter starken Beifallskundgebungen den Reden der Schriftführerin des sozialdemokratischen Frauenverbands und eines Vorstandsmitglieds der sozialdemokratischen Partei, nachdem erst die Vorsitzende unserer Frauenorganisation einige zündende Worte an die Versammlung gerichtet hatte. Die bis jetzt vorliegenden Berichte beweisen, daß der Frauentag auch in anderen holländischen Städten ausgezeichnet verlaufen ist. Ohne Zweifel bedeutet er zusammen mit seiner Vorbereitung ein großes Stück Propaganda für das allgemeine Frauenwahlrecht. Es ist dies angesichts der Situation in Holland ganz besonders zu schätzen. Die Vorlagen der Regierung über die Verfassungsrevision sind veröffentlicht, sie ermangeln jedes Entgegenkommens an die Forderung des Frauenwahlrechts. Der Frauentag war die erste Antwort der Genossinnen und der sozialdemokratischen Partei darauf. Es war eine schöne Antwort.

Helene Antersmit, Amsterdam.

#### 6. In Rußland.

Die Genossinnen in St. Petersburg hatten für ihren Frauentag den 2. März gewählt. Soweit darüber bis jetzt Nachrichten vorliegen, ist er „echt russisch“ eingeleitet worden. Die Polizei beschlagnahmte die besondere Frauentagsnummer, die die Arbeiterzeitung „Lutsh“ herausgegeben hatte. Gegen den Redakteur wurde auf Grund des Umsturziparagraphen 129 ein gerichtliches Verfahren eröffnet. Den „Umsturz“ erblickten die Behörden in einem Briefe Bebel's, in den Artikeln der Genossinnen Montefiore, Popp, Zetkin usw. Die Petersburger Genossinnen sendeten an die sozialistische Fraueninternationale diesen Gruß:

„Wir Mitglieder der Petersburger Frauenorganisation empfinden an dem internationalen Frauentag das innige Bedürfnis, Euch, unseren Schwestern, unsere Solidarität zu versichern mit Euren Bestrebungen, die Ketten zu sprengen, die seit Jahrtausenden das weibliche Geschlecht drücken. Dieser internationale Frauentag ist der beste Beweis für die klare Erkenntnis der arbeitenden Frauen, daß der auf der ganzen Arbeiterklasse lastende Druck gerade für sie selbst doppelt schwer und erniedrigend ist und daß einig zusammengeschlossene und rechtsgleiche Frauen und Männer für die bessere Zukunft des weiblichen Geschlechts und der ganzen Menschheit ringen müssen. Nur als gleichberechtigtes Mitglied der modernen Gesellschaft und des modernen Staates, als gleichberechtigte Gesetzgeberin wird die Frau imstande sein, an der Beseitigung der gesellschaftlichen Zustände mitzuwirken, die die Folgen der Klassenscheidung mit ihrer Ungerechtigkeit sind. Deshalb begrüßen wir den Frauentag als Zeichen für die Entschlossenheit der arbeitenden Frauen, der Gesellschaftsordnung der Ungleichheit ein Ende zu bereiten.“

Der notwendige Ueberblick über den Frauentag zwingt uns, sämtliche Berichte „Aus der Bewegung“ für nächste Nummer zurückzustellen.

#### Politische Rundschau.

Die gewaltigste Militärvorlage, die das deutsche Volk je erlebt hat, ist im Werden. Selbst die große Verstärkung des Heeres um rund 70 000 Köpfe im Jahre 1893, die umfangreichste unter den vielen Vermehrungen der stehenden Truppe, die seit 1872 vorgenommen wurden, verbläht gegen die kommende. Denn um mindestens 100 000 Mann — andere Meldungen versichern sogar um 164 000 — soll die Friedenspräsenzstärke erhöht werden. Das bedeutet, daß das stehende Heer, die Schar der bei den Fahnen Stehenden auf weit über 700 000 Mann gebracht, daß das stehende Heer gegen 1872, wo es 359 000 Mann stark war, mehr als verdoppelt wird. Die Bevölkerung des Reiches aber ist von einer Verdoppelung in diesem Zeitraum noch weit entfernt, sie ist von etwa 40 Millionen auf rund 65 Millionen gestiegen. Der Militarismus kennt keine Grenzen mehr. Zu schwindelnder Höhe türmt er die Pyramide der Rüstungen auf und achtet der Einsturzgefahr nicht. Und wie die Pharaonen des alten Ägypten, die Millionen von Menschenleben für ihre nutzlosen Niesenbauten geopfert haben, fordert er bedenkenlos das Blut und den Schweiß und das Mark von Millionen für die Bollendung seines kulturwiderischen Werkes, ohne nach ihren Leiden zu fragen.

Der Militarismus, das ist das unpersönliche System. Die Träger dieses Systems aber, die Verantwortlichen für seine verheerenden

Wirkungen sind die herrschenden Klassen. Einst wurde der Militarismus nur durch die Krone und das Junkertum gefördert, seit langem schon wird er aber auch durch das Bürgertum gestützt, von seinen Spitzen, der Finanzbourgeoisie bis zum Kleinbürger, bis zum gedrückten Handwerksmeister hinab. Seit die imperialistische Woge das deutsche Bürgertum überflutet hat, seitdem es in der Ausdehnung der Gewalt des Reiches über weite Gebiete der Welt die Rettung vor der drohenden Gefahr des Sozialismus sucht, seitdem ist die letzte zahme bürgerliche Opposition gegen den Militarismus versunken und vergessen. Fortschritt und Zentrum sind militärfreudig geworden, alle bürgerlichen Parteien haben sich zu Trägern und Förderern des Systems aufgeworfen, das die Kraft der Völker verzehrt, das in einem wahnwitzigen Wettstreit des Rüstens zwischen den kapitalistischen Staaten ausmündet und die Kultur der Menschheit mit einer entsetzlichen Katastrophe bedroht, gegen die alle kriegerischen Greuel und Verheerungen der Vergangenheit verblässen. Die furchtbaren Gefahren, die diese Politik des Wettlaufens heraufzuführen, sind der bürgerlichen Welt nicht verborgen. Aber sie weiß kein Mittel, sie zu beschwören. Sie rast vorwärts auf der gefährlichen Bahn. Die kapitalistische Gesellschaft, die den Profit zum Leitstern, die den Kampf aller gegen alle sowohl für die einzelnen wie für die Völker zur Lösung macht, diese Gesellschaft hat nicht die Macht, die Menschheit zu einem einheitlichen Körper zusammenzufassen. In ihr gibt es keinen Weg zu einer wahren Kulturgemeinschaft der Völker, die das Hausrecht, die den Krieg überwindet, weil die einander widerstrebenden Profitinteressen der herrschenden Klassen der verschiedenen Länder, die imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen sie immer wieder sprengen müßten. Das gegenseitige Mißtrauen treibt die kapitalistischen Staaten immer weiter im verderblichen Galopp, der Katastrophe entgegen.

Angeheuerlich wie der Umfang sind natürlich auch die Kosten der Heeresvorlage. Die amtlichen Angaben werden freilich noch immer zurückgehalten — nur in vertraulichen Besprechungen, in denen der Reichskanzler die Vertreter der bürgerlichen Parteien ganz unnötigerweise bearbeitet, werden sie unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt. Aber es ist immerhin schon so viel durchgesickert, daß man ungefähr den gewaltigen Betrag der Ausgaben überblicken kann, die dem Reiche erwachsen werden. Auf eine Milliarde Mark werden sich die einmaligen Ausgaben belaufen, auf 220 bis 250 Millionen Mark die jährlich wiederkehrenden, die dauernden. Das sind Summen, die selbst im bürgerlichen Lager, wo die Besinnung längst im hurratriotischen Taumel untergegangen war, Erschrecken hervorgerufen haben. Der beginnenden Ernüchterung ist nun aber noch kräftig nachgeholfen worden durch den **Deckungs vorschlag**, den die Regierung ausgetüftelt hat. Sie hat damit der Öffentlichkeit womöglich noch eine größere Überraschung bereitet, als durch die ungeheuerliche Höhe der Heeresvorlage selber. Und sicherlich den Besitzenden eine weit unangenehmere. Denn die Regierung schlägt vor, die einmaligen Ausgaben von rund einer Milliarde statt wie bisher durch eine Anleihe vermittelt einer einmaligen Abgabe von den großen Vermögen zu decken. Das wird mit allerlei hochtrabenden Redensarten verbrämt; ein Opfer soll dargebracht werden auf dem Altar des Vaterlandes, eine Tat heroischer Selbstverleugnung soll geschehen gleich jener, die das preussische Volk vor hundert Jahren, zu Beginn der sogenannten Freiheitskriege, vollbracht hat. Und die Welt wird zu pflichtgemäßer, staunender Bewunderung solcher erhabenen Selbstlosigkeit und Opferwilligkeit der Besitzenden aufgerufen. Werden nunmehr die Märgler, die Sozialdemokraten nicht reumütig alles zürücknehmen, was sie insbesondere seit der Finanzreform von 1909 über die Steuerfurchen der Besitzenden sagten, die alle Reichslasten auf die arbeitenden und nichtbesitzenden Massen abzuwälzen pflegten? Indes die Sozialdemokratie hat nicht die geringste Veranlassung, Abbitte zu leisten. Die sauren Gesichter, mit denen die bürgerliche Presse die Ankündigung dieses Aufrufs an die Opferwilligkeit der Besitzenden aufgenommen hat, stehen nämlich in einem gar zu deutlichen Gegensatz zu den tönenden Worten und der großartigen Geste, womit die Offiziellen den raren Braten serviert haben. Freilich, die journalistischen Vertreter der verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie versichern alle mehr oder minder eifrig, daß sie zu dem Opfer grundsätzlich bereit sind. Aber diese ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit ist mit so viel Bedenken im einzelnen behaftet, daß man befürchten muß, die Grundsätzlichkeit werde unter dieser Last zusammenbrechen. Und natürlich sind unsere Junkerblätter schon dabei, die Beteuerung ihrer Zahlungswilligkeit mit der Forderung zu verbinden, man müsse die arme Landwirtschaft, besonders die Junkerschaft nach

Möglichkeit schonen und an ihrer Stelle das Bank-, Handels- und Industriekapital gehörig hochnehmen, das solche Belastung viel besser vertragen könne. Die Vertreter der besagten Kapitalistengruppen aber bedanken sich höflichst für diese kostspielige Bevorzugung — sie sind in diesem Falle unbedingte Anhänger der vollständigen Gleichheit aller Kapitalien vor dem Steuerbeamten. Der „Aufruf an mein Volk“ — an eine Art Kopie des Aufrufs von 1818 hatte irgendeine romantisch angehauchte Seele in der Regierung oder in noch höherer Stellung in der Tat gedacht, aber schändlicherweise wurde der schöne Gedanke zu frühzeitig ausgeplaudert und dadurch dem Schauspieler sein Coup verpaßt — hat also vorläufig nur zu einer Kaskaderie zwischen dem junkerlichen und dem bürgerlichen Flügel der Besitzenden geführt. Und bereits wurde die schwere Menge von Bedenken der verschiedensten Art laut. So hebt das grandiose Schauspiel heroischer Selbstlosigkeit, das der Welt vorgeführt werden sollte, etwas absonderlich an. Ebenso ist der von den Offiziösen bis über das Schellendaus gepriesene Entschluß der regierenden Häuser, an dem großen Opfer teilzunehmen, in seinem Eindruck schon stark beeinträchtigt worden. Wurde doch bekannt, daß unsere Landesväter keineswegs daran denken, sich durch Gesetz zu dieser einmaligen Steuer verpflichten zu lassen. Vorsichtig, wie man in Weltfächen sein soll, wollen sie nämlich lieber eine freiwillige Gabe leisten, als daß sie ein Loch in ihre Steuerfreiheit machen ließen. Nur keine Präzedenzfälle, denkt man an den Höfen, auf die sich später einmal rücksichtslose Leute berufen könnten, wenn sie jener Steuerfurchen zu Leibe gehen möchten. — In Wirklichkeit besteht aber gar keine Steuerfreiheit der regierenden und fürstlichen Häuser dem Reiche gegenüber. Diese sind nur landesgesetzlich in den einzelnen Bundesstaaten von Steuern befreit, in der Reichsverfassung steht hierüber kein Wort. Deshalb ist ja auch in das Erbschaftsteuergesetz des Jahres 1906 eigens eine Bestimmung eingefügt worden, die die Landesfürsten von der Erbschaftsteuer befreit. Ebenso entgingen diese bei der Beratung der Wertzuwachssteuer im Reichstag 1911 nur durch die Feigheit der Nationalliberalen dem Steuerzahnen. Bisher mußte also von Fall zu Fall eine Steuerfreiheit der Landesfürsten im Reiche besonders vorgelesen werden, was am besten beweist, daß diese grundsätzlich nicht besteht. Die Beteiligung der Fürsten an der einmaligen Ausgabe ist daher durchaus nicht freiwillig, und die Offiziösen haben gar kein Recht, von Edelmut zu fäseln. — Dieselbe Scheu vor den Präzedenzfällen aber haben auch die Besitzenden nicht fürstlichen Geblüts. Ihnen graut vor den Konsequenzen, die dieser patriotische Gedanke noch haben könnte. Könnte nicht das Volk der Meinung werden, solcher Aderlaß sei bei Gelegenheit zu wiederholen, die Besitzenden seien sozusagen verpflichtet, in besonderen Situationen und nicht nur dann, sondern auch sonst Opfersinn fürs Vaterland zu betätigen? Das Volk hat ja eine so merkwürdige Logik. Die „Kölnische Zeitung“ hat denn auch schon Auftrag erhalten, den besorgten Patrioten zu versichern, es würden alle erdenklichen Garantien geboten werden, daß solche einmalige Abgabe vom Vermögen sich mindestens innerhalb hundert Jahren nicht wiederhole. — Als ob die ängstlichen Kapitalisten sich nicht fragen werden, wieso die Eintagsfliege Bethmann Hollweg für kommende hundert Jahre deutscher Geschichte garantieren kann? Bethmann Hollweg, der drei Jahre hintereinander außerordentliche Militärvorlagen einbringen muß und jedes Jahr dabei erklärt, damit seien die Bedürfnisse des Militarismus auf lange Zeit hinaus gedeckt. Bethmann Hollweg garantiert für hundert Jahre, Bethmann Hollweg, der so weit über seine eigene Nasenspitze hinaussieht, daß er, wie übrigens die meisten seiner Kollegen in der Staatskunst, noch wenige Tage vor Ausbruch des Balkankriegs nichts von der Tragweite der kommenden Entscheidungen ahnte. — Gleichzeitig verrät aber auch schon die „Kölnische Volkszeitung“, daß die Regierung Vorsorge getroffen habe, um die Abwanderung deutschen Kapitals ins Ausland zu verhindern! Ja, ja, die Opferwilligkeit!

Und dabei ist so gut wie sicher, daß dies einmalige „Opfer“ dazu dienen soll, die Abwälzung der dauernden Lasten, der 220 bis 250 Millionen Mark, auf die große Masse des Mittelstandes und der arbeitenden Klassen zu beschönigen. Aber die Aufbringung der Mittel für die dauernden Ausgaben schweigen nämlich bezeichnenderweise alle offiziellen Klößen. Was aber sonst aus mehr oder minder gut unterrichteten Quellen durchsickert, das läßt stark vermuten, daß die Regierung davon denkt, neben einer recht schwachbrüstigen Besitzsteuer, die nur einen kleinen Teil der 250 Millionen aufbringt, wieder neue Konsumsteuern oder doch zum mindesten Steuern auf Handel, Verkehr und Gewerbe vorzuschlagen. Auf das Nachspiel zu dem großen Spektakel der patriotischen Opferbereitschaft darf man deshalb besonders gespannt sein.

Schließlich machen die Bestehenden mit dem „Opfer“ noch ein gutes Geschäft. Denn eine einmalige Vermögensbesteuerung ist natürlich ein weit geringeres Übel für die Kapitalisten als eine dauernde Besitzsteuer, die wirklich etwas Erledliches ergibt.

Von den Oppositionsgeklüften und Auflösungsplänen des Zentrums ist es plötzlich sehr still geworden. Die Schwarzen haben offenbar ein Haar in der Suppe gefunden. Verschiedene Anzeichen verraten, daß jene Richtung der Merkmalen, die unbedingt die Regierungsfähigkeit wahren will, die Oberhand bekommen hat. Die maßgebende Zentrumspreffe läßt sich zurzeit an patriotischer Begeisterung von keiner anderen bürgerlichen Presse übertreffen.

In Frankreich rast der Orkan des Chauvinismus weiter, der durch die deutsche Heeresvorlage entfesselt wurde. Die Rückkehr zur dreijährigen Militärdienstzeit ist so gut wie sicher. Unsere Genossen in der französischen Kammer, die den Gesekentwurf mit einer lauten und heftigen Protestkundgebung empfangen, wurden als Landesverräter, als Preußen beschimpft. Aber solche Ausdrücke bürgerlichen Hasses können die Vertreter des Proletariats nicht abhalten, ihre Pflicht zu tun. In einem gemeinsamen Aufruf der deutschen und französischen Sozialdemokratie gegen das wahnsinnige Betrüsten, der gleichzeitig in Berlin und Paris erschien, hat sich die internationale Solidarität der Arbeiter der Kriegs- und Rüstungshebe der Bourgeoisie entgegengestellt.

Die deutsche Heeresvorlage hat übrigens nicht nur in Frankreich das Signal zu neuen Rüstungen gegeben. Auch in Österreich, in Italien werden schleunigst neue Heeresverstärkungen vorbereitet, und Rußland hat bekannt gegeben, daß es drei neue Armeekorps aufstellen will. In England hat die Agitation für die allgemeine Wehrpflicht einen neuen Aufschwung genommen. Überall wurde die endlose Schraube gedreht, und Deutschland darf den Ruhm beanspruchen, daß es dabei vorangegangen ist.

Das ungarische Proletariat hat eine Niederlage zu beklagen: die Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie hat den Generallstreik in letzter Stunde abge sagt. Sie hatte sich darauf verlassen, daß die junkerlich-bürgerliche Opposition den Streik durch Obstruktion gegen die Beratung der schändlichen Tiszaschen Wahlgesetzbvorlage unterstützen werde, und hatte erwartet, daß die Regierung diesem doppelten Ansturm weichen müsse. Aber der vermeintliche Verbündete hat das Proletariat schmächtig im Stiche gelassen, hat sich mit einem platonischen Protest gegen die Beratung der Wahlvorlage begnügt und einen dicken Strich zwischen sich und den Generallstreik gezogen. Da glaubte die Parteileitung, die Verantwortung für den voraussichtlich sehr opferreichen Kampf nicht tragen zu können — die Regierung hatte Massen von Soldaten in Budapest angesammelt. So ist denn das Wahlgesetz, das die Erhaltung der politischen Rechtslosigkeit der Proletarier bedeutet, im Reichstag durchgegangen.

Auch in Belgien ist eine Absage des auf den 14. April angesetzten Generallstreiks erfolgt. Hier soll aber die Sozialdemokratie unter der Hand die Versicherung erhalten haben, daß eine Wahlreform kommen werde. Man muß nun abwarten, ob sie nicht getäuscht wird.

H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Um die klassenbewußte Arbeiterschaft moralisch in Verfassung zu bringen, arbeiten die Scharfmacher planmäßig mit Verleumdungen, und die bürgerliche Presse öffnet ihnen zu diesem edlen Zwecke bereitwillig ihre Spalten. Die Klopffechter der Ausbeuter treiben ihr Verleumderhandwerk um so unerschämter, als sie bisher noch selten gerichtlich gefaßt wurden. In jüngster Zeit bemühen sie sich, der Öffentlichkeit den Glauben beizubringen, daß die freien Gewerkschaften die Sabotage empfehlen und auch anwenden lassen. Die Sabotage ist ein Kampfmittel, das in Frankreich Befürworter hat. Es besteht darin, daß die Arbeiter für schlechten Lohn absichtlich schlechte Arbeit leisten und vor allem durch Beschädigung von Maschinen und Werkzeugen die Unternehmer zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen suchen. Daß diese Art des Kampfes unter unseren organisierten Arbeitern keinen Boden findet, weiß jeder, der vom Wesen der deutschen Gewerkschaften auch nur die blaueste Ahnung hat. Trotzdem: der großen Menge der urteilslosen Leser der bürgerlichen Presse kann man das Gegenteil ruhig aufbinden; der Spießer ist für derlei Schauermärchen nur allzu empfänglich. Wird bei einem Streik durch die Ungeschicklichkeit eines Streikbrechers eine Maschine defekt — und das kommt leicht vor bei den „gelernten Berufsarbeitern“, die die Unternehmer von den Streikbrecherlieferanten beziehen —, flugs behauptet die Scharfmacherpresse, die Streikenden wären die Übeltäter, sie hätten Sabotage verübt. So geschah

es beim Streit auf der Hamburger Hochbahn. Als dort die elektrische Leitung zerstört worden war, wurde sofort in alle Welt hinaus telegraphiert, die Streikenden hätten dies getan. Und erzt kürzlich wollte man einem Angestellten des Metallarbeiterverbandes zur Last legen, er hätte zur Sabotage aufgefordert. Das Verleumdergeschindel wird immer dreister. Die „Kreuzzeitung“ stellte die schmutzige Behauptung auf, unter den Vertrauensleuten der roten Gewerkschaften sei ein Leitfadener über die Ausübung der Sabotage verbreitet. Darin soll beispielsweise angeführt sein, wie Fliesenleger zu arbeiten haben, damit die Fliesen sich nach kurzer Zeit werfen; wie bei der Legung von Gas- und Wasserrohrleitungen zu verfahren ist, um möglichst viel unbrauchbare Rohrabfälle zu erzielen. Der Leitfadener soll für so ziemlich alle Berufe entsprechende Anweisungen enthalten. Mit den roten Gewerkschaften können nur unsere Zentralverbände gemeint sein. Daher hat der Vorsitzende der Generalkommission, Genosse Legien, in der Parteipresse eine Erklärung veröffentlicht, in der er den Verfasser jener Notiz und den Redakteur der „Kreuzzeitung“ gemeine Verleumder nennt. Hoffentlich lassen diese Ehrenmänner eine solche Kennzeichnung nicht auf sich sitzen. Es ist ihnen nunmehr Gelegenheit gegeben, durch eine Beleidigungsklage vor Gericht den Nachweis zu erbringen, daß in der „roten Gewerkschaftsbewegung“ ein solcher Leitfadener vorhanden ist. Sie würden sich dadurch ein großes Verdienst um das deutsche Vaterland erwerben.

Das Straffsystem, das die Unternehmer in Form von Lohnabzügen über die Arbeiter verhängen, drückt dem Arbeitsverhältnis den Stempel der Sklaverei auf. Seine üppigste Entfaltung zeigt dieses System im Bergbau. Die Grubenherren üben über ihre Arbeiter eine Gerichtshoheit aus, die den Vorzug hat, sie zu Anklägern, Richtern und Vollstreckern oder vielmehr Rumpfnichtern des Urteils in einer Person zu machen. Niesige Summen werden auf diese Weise den Arbeitern geraubt. Im Ruhrgebiet allein wurden im Jahre 1912 auf 131 Forderungen wegen Förderung unreiner Kohle 862 868 Mk. und wegen sonstiger „Vergehen“ 568 098 Mk. an Strafgebühren den Knappen am Lohne abgezogen. Also zusammen fast eine Million Mark. Am ungerechtesten sind die Strafen wegen Förderung unreiner Kohle und wegen ungenügend gefüllter Förderwagen. Es läßt sich nicht vermeiden, daß einige Steine mit ein- geladen werden, da an manchen Stellen die Kohle mit ihnen ver- walden ist. Ebenso kann der Förderwagen an der Arbeitsstelle vollständig gefüllt sein, auf dem langen Wege durch den Schacht und zum Bergwerk hinaus sackt sich dann aber durch die Erschütterung die Kohle. Der Bergarbeiter wird jedoch in solchen Fällen ohne weiteres bestraft. Die Unternehmer dürfen zwar diese Straf- gelder nicht in die eigene Tasche stecken, sie wissen sie aber sehr hin- reich zu Ruh und Frommen ihres Ansehens und ihrer Macht zu verwenden. Sie treiben Wohlfahrt mit diesem Gelde, richten Klaffen ein, aus denen kranke und invalide Arbeiter Unterstützungen be- kommen. Kurz, die Ausbeuter verwenden das Geld der Arbeiter dazu, um diese noch stärker zu fesseln, und gefällige Schwäher wissen dann sehr viel von der Fürsorge der Bergherren für ihre Arbeiter zu berichten, verschweigen aber die Herkunft der Gelder.

Im Innungsterrorismus den Vogel abgeschossen hat die Zwangsinnung der Breslauer Tapezierer. Diese Körperschaft hatte die Aussperrung verfügt, nachdem in einem Konflikt mit den Gehilfen Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren. Da aber der größte Teil der Meister nicht aussperrte, ordnete die Innung kurzerhand die Aussperrung zwangsweise an. Der Vorstand verfügte, daß jeder Meister, der dem Aussperrungs- beschluß nicht nachkam, in eine Ordnungsstrafe von 20 Mk. zu nehmen sei. Bisher hatten die Unternehmer den Terrorismus gegen ihresgleichen nur soweit getrieben, daß die Mitglieder in eine Strafe genommen wurden, die Tarife wider den Willen der Unter- nehmerorganisation abschlossen. Beschwerden gegen ein solches Zwangsverfahren wurden bekanntlich selbst von den Aufsichts- behörden abgelehnt. Schade nur, daß die Behörden im Breslauer Fall nicht in die Verlegenheit kommen, den Terrorismus des In- nungsvorstandes heiligen zu müssen. Die Tapeziererinnung kam nämlich nicht weit mit ihren Gewaltmitteln, sie mußte sie bald auf- geben.

Von den großen Tarifbewegungen sind erst zwei entschieden. Während im Baugewerbe und im Holzgewerbe noch ver- handelt wird, konnte die Bewegung im Schneidergewerbe für beendet erklärt werden. Arbeiter und Unternehmer nahmen die Schiedssprüche der Unparteiischen an. Damit ist die Tarifbewe- gung für die Orte erledigt, in denen der Unternehmerverband Mitglieder hat. In einer größeren Anzahl von Orten aber, in denen der Unternehmerverband keine Filialen hat, finden jetzt Lohnbewe- gungen statt. Diese haben schon zu vereinzelten Ausständen ge-

führt. Dazu kommt eine größere Bewegung in der Herrenkonfektion, die ihren Ausgang von Berlin nimmt. Vor drei Jahren wurde dort mit den Konfektionären — sie gehören übrigens dem Unternehmerverband nicht an — ein Tarif abgeschlossen. Die Arbeiter verlangen jetzt eine Lohnerhöhung, die die Konfektionäre ablehnen. Schließlich verständigten sich die Parteien, Herrn v. Verleppsch als Unparteiischen anzurufen. Die Konfektionäre aber wollten, daß sich beide Parteien von vornherein zur Unterwerfung unter den Schiedsspruch des Unparteiischen verpflichten sollten. Das lehnten die Arbeiter ab, und deshalb unterblieb die Anrufung des Herrn v. Verleppsch. In Berlin stehen nun bereits 1600 Arbeiter und Arbeiterinnen im Streik. Ob es in der Konfektion in den übrigen Städten — wie die Berliner Konfektionäre dies wünschen — ebenfalls zum Ausstand kommt, ist vorderhand noch zweifelhaft. Denn das könnte nur unter Tarifbruch geschehen, da in den meisten Orten örtliche Verträge bestehen, die noch längere Gültigkeit haben.

Im Malergewerbe haben die Unternehmer den Arbeitern offene Fehde angesagt. Nach den Beratungen der Gautarifämter hatten die Unparteiischen die Beschlüsse nachzuprüfen. Sie machten mancherlei Abstriche zuungunsten der Arbeiter. Auf dem außerordentlichen Verbandstag der Maler kam es daher zu schweren dreitägigen Debatten, in denen sich zunächst eine sehr starke Stimmung für Ablehnung der Schiedssprüche geltend machte. Mit Rücksicht auf das Gesamtergebnis aber stimmten die Delegierten schließlich doch dem Schiedsspruch zu. Anders die Unternehmer. Sie haben den Unparteiischen die Schiedssprüche vor die Füße geworfen und bestreiten nunmehr mit allen Mitteln die Aussperrung. Mit welchem Erfolg, wird die nächste Zeit lehren. Anscheinend haben die Scharfmacher unter den Malermeistern selbst keinen großen Anhang. — Die Bauunternehmer werden vermutlich dem Beispiel der Malermeister folgen. Zwar sind die Verhandlungen im Baugewerbe noch nicht abgebrochen, aber sie stoßen auf ungemein viel Schwierigkeiten. Durch die seit langer Zeit schon betriebene Stimmungsmache werden die Unternehmer wahrscheinlich in den Kampf gekehrt werden.

Zu der Verfolgung von Streikenden wegen angeblicher Bedrohung von Arbeitswilligen wendet die Danziger Staatsanwaltschaft ein abgefärbtes Verfahren an. Einem Arbeiter hat sie einfach eine Woche Gefängnis durch Strafbefehl zubüßert — wohlgerne: ohne Geldstrafe zuzulassen. Der Arbeiter soll durch „Drohungen und Ehrverletzungen“ einen anderen bestimmen haben, „an Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter teilzunehmen beziehungsweise ihnen Folge zu leisten“. Die vor Monaten im Ruhrgebiet geübte Schnelljustiz macht also rasch Schule. Wir kommen den russischen Zuständen immer näher, daß einfach auf dem Verwaltungsweg Strafen verhängt werden. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Wider Erwarten kam es in der Bewegung in den Tuchwebereien zu Sommerfeld zum Streik. Nachdem aber gewisse Mißverständnisse Aufklärung gefunden hatten, sprach sich die Arbeiterschaft mit 502 gegen 232 Stimmen am 3. März für die Beendigung des Streiks aus. Am gleichen Tage verhandelte nochmals eine auf 80 Personen verstärkte Kommission mit dem Vorstand der Fabrikantenvereinigung. Das Endergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Die Spinner erhalten 5 Prozent Lohnerhöhung, außerdem ist ihr Garantielohn von 15,75 Mk. auf 16,55 Mk. erhöht worden. Im allernünftigsten Falle wird die Lohnerhöhung bei Spinnern wöchentlich 80 Pf. mehr Verdienst bringen, in Wirklichkeit aber beträchtlich mehr. Die Weberinnen erhalten ab 1. April 5 Prozent Zulage und ab 1. Oktober weitere 5 Prozent. Die Webelöhne werden sich also im Laufe dieses Jahres um 10 Prozent erhöhen. Den im Stundenlohn beschäftigten Arbeiterinnen werden die Stundenlöhne um 1/2 Pf. und den Männern um 2 Pf. erhöht mit der weiteren Verbesserung, daß eine Abrundung nach oben stattfindet. Die Stundenlöhne werden künftig in allen Betrieben einheitlich sein und den höchsten bisher gezahlten Stundenlöhnen angepaßt; sie erfahren daher eine Erhöhung, die bis zu 8 Pf. beträgt. Den Weberinnen wird ferner das Anknüpfen mit 3 Pf. pro 100 Faden bezahlt; soweit sie zu anderen Nebenarbeiten herangezogen werden, erfolgt Bezahlung nach Stundenlohn. So haben die Sommerfelder Textilarbeiter einen schönen Erfolg errungen, der auch ihrer Agitationsarbeit noch gute Früchte tragen wird. — Hartnäckig weigern sich bis zur Stunde die Krefelder Färbereibesitzer, genügende Zugeständnisse zu machen. Die Herren

wollen im günstigsten Falle die für 1. Januar 1914 bewilligten 50 Pf. Lohnerhöhung ab 1. Juli zahlen und am 1. Januar 1914 die Arbeitszeit von 60 auf 59 Stunden kürzen. Weisen die Arbeiter dieses Angebot zurück, so ist für den 15. März die Aussperrung der Weber im Krefelder Bezirk angekündigt. Die Arbeiter bestehen darauf, daß die Löhne sofort um 1,50 Mk. am 1. Januar 1914 um weitere 50 Pf. erhöht werden müssen und daß die Arbeitszeit schon jetzt auf 59 Stunden und innerhalb der Tarifdauer auf 58 Stunden herabgesetzt wird. Der angekündigten Aussperrung sieht die im Textilarbeiterverband organisierte Arbeiterschaft mit Ruhe entgegen. Sie ist für den Kampf gerüstet. Hoffentlich können das auch die Christlichen von sich sagen. Wir erwarten, daß ihre Führer dem Einfluß des Alexus nicht erliegen und daß die christlichen Arbeiter treu mit ihren Arbeitsbrüdern zusammenstehen, wenn der Kampf unvermeidlich werden sollte. Ist dies der Fall, so können die Arbeiter auch mit Sicherheit auf einen guten Ausgang der Kampagne rechnen. — In den Militärdeckenwebereien in Kalbe a. Saale herrschen recht ungünstige Arbeitsbedingungen, die in absehbarer Zeit zu einem ernsteren Zusammenstoß zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten führen werden. Dort zahlt man den Männern Wochenlöhne von 12 bis 18 Mk. Der Verdienst der Weberinnen schwankt zwischen 6 und 12 Mk. in der Woche. Die Stundenlöhne für Arbeiterinnen betragen 7 bis 10 Pf. Es ist eine Schmach, daß in der Zeit der schärfsten Leuerung Männer und Frauen mit solchen Hungerpfeffern abgesperrt werden. Aus trefflichster Illustrieren sie das Kaiserwort „von der vollen Kompottschüssel der Arbeiter“. Wenn irgendwo, dann können die Textilindustriellen in Kalbe höhere Löhne zahlen. Sehen sie doch zum größten Teil ihre Erzeugnisse an das Reich, an den Militärfiskus ab. Ein Unternehmer erklärte: „Wenn ich nicht an einem Stück 20 Mark verdiene, dann mache ich lieber die Bude zu.“ In den einzelnen Betrieben zu Kalbe werden nur 60 bis 100 Personen beschäftigt, und sie stellen je nach der Arbeiterzahl 3000 bis 5000 Stück im Jahre her. Nach dem oben angeführten Ausspruch würden die doch immerhin kleinen Unternehmen mindestens 60 000 bis 100 000 Mk. im Jahre verdienen. Nimmt man auch an, daß diese Summe den Bruttogewinn darstellt, so geht doch von ihr durchaus nicht viel ab, da bei den Militärlieferungen die sonst üblichen hohen Reisespesen in Wegfall kommen. Die organisierten Textilarbeiterinnen in Kalbe werden jetzt die letzte Hand an den Ausbau ihrer Organisation legen, um dann ihre Forderungen nach menschenwürdigen Löhnen ernsthaft vertreten zu können. sk.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie neigt ihrem Ende zu. Auch die Arbeitgeber jener Orte, die den gefällten Schiedsspruch zunächst ablehnten, scheinen allmählich zur Einsicht gekommen zu sein. Ein magerer Vergleich ist auch für sie besser als ein fetter Prozeß, zumal der Ausgang eines etwaigen Kampfes durchaus unsicher war. So hat denn eine außerordentliche Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes am 27. Februar in Berlin schließlich eine Mehrheit für eine allgemeine Verständigung mit den Arbeitern auf Grundlage des Schiedsspruches ergeben. Die örtlichen Verhandlungen hatten aber nur an ganz wenigen Orten die Parteien einander so nahe gebracht, daß der formelle Vertragsabschluss zustande kommen konnte. So abgesehen daher der Schutzverband bisher der Anwesenheit seiner Ortsvertreter bei den Verhandlungen gewesen war, es blieb ihm doch nichts weiter übrig, als diese so lange in Berlin zu halten, bis eine Verständigung mit den ebenfalls herangezogenen Ortsvertretern der Arbeiter erzielt war. Unter Mitwirkung der zentralen Schiedskommission wurde dann in Berlin wie in früheren Jahren über die Bedingungen für die einzelnen Orte verhandelt. Und dieses System hatte schließlich in der Hauptsache Erfolg. Nur die Verhandlungen über das Abkommen mit drei weniger bedeutenden Orten scheiterten. Die Vertreter von Köln, Düsseldorf, Krefeld, Guben und Stargard reisten ab, weil die Unternehmer glaubten, zu Hause schneller zum Abschluß zu kommen, was denn inzwischen an einigen dieser Orte auch bereits geschehen ist. Bis zum 7. März waren für alle anderen Orte die Verträge abgeschlossen. Nur für Berlin blieb noch die Frage der Mindestlöhne offen; die Unternehmer verteidigten deren Festlegung, während die Arbeiter darauf bestanden.

In den Verhandlungen spielten neben den örtlichen Einzelheiten, wie Höhe der Überstunden- und Montagezuschläge, der Mindest- oder Durchschnittslöhne, auch einige grundsätzliche Fragen eine große Rolle. Umstritten war vor allen Dingen das Recht auf Anordnung von Überstunden. Dieses beanspruchten die Arbeitgeber für sich allein, während die Arbeiter das größte Interesse daran haben, bei der Anordnung von Überstunden mitzureden.

Man einigte sich schließlich auf folgende Vertragsbestimmung: Sind die Überstunden nur für wenige Tage vorgesehen, so kann jeder Betrieb allein sie anordnen; bei längerer Dauer hat aber über Notwendigkeit und Zulässigkeit die Schlichtungskommission zu entscheiden, die bekanntlich paritätisch zusammengesetzt ist. Ebenso stießen die Interessen von Arbeitern und Unternehmern hart zusammen in der Frage des Reglements für paritätische Arbeitsnachweise. Nach langwierigen Verhandlungen wurde hier eine Fassung gefunden, die beide Parteien anerkannten. Diese Frage wurde besonders dadurch verwickelt, daß die an den Verhandlungen mitbeteiligten christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften dabei gerne eigene Wege gehen. Die gleichmäßige Verteilung der offenen Arbeitsplätze liegt eben nicht immer im Interesse ihrer Organisationen, sondern häufig entspricht diesem die Zusammensetzung ihrer Mitglieder auf einzelne Werkstätten besser. Geringere verlangen die freien Gewerkschaften vom Arbeitsnachweis nur das eine: die richtige Arbeitskraft auf den richtigen Platz zu bringen, wobei natürlich unter gleichwertigen Arbeitern der bevorzugt werden muß, der am längsten arbeitslos ist. Ein weiterer ernsthafter Streitpunkt war die Frage der Lohnhöhe beim Arbeitswechsel. Die Arbeitgeber haben das Bestreben, neue Arbeiter mit einem niedrigeren Lohn einzustellen, als diese bisher hatten, oder als sonst in ihrem Betrieb üblich ist. Dadurch wird natürlich das Lohnniveau herabgedrückt. Die für einige Verträge vereinbarte Fassung besagt nun, daß bis zur etwaigen Entscheidung der Schlichtungskommission der in der betreffenden Werkstätte übliche Durchschnittslohn an den neuen Arbeiter zu zahlen ist, falls nicht in der ersten Woche bereits eine Einigung über die Lohnhöhe zustande kommt.

Die Lohnerhöhungen, die durch den Schiedspruch für die Orte der diesmaligen Tarifbewegung für den 1. März 1913 festgesetzt wurden, sind inzwischen fällig geworden. Der Vorstand des Arbeiterschutzbundes hat sich verpflichtet, auf die Auszahlung auch überall dort hinzuwirken, wo der neue Vertrag bis zum ersten Lohnzahlungstermin noch nicht unterzeichnet ist. fk.

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

**Von der Dienstbotenbewegung in Leipzig.** Die Ortsgruppe Leipzig des Verbandes der Hausangestellten hielt eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung ab: „Dienstmädchens Leiden und Freuden.“ 5000 Exemplare eines Flugblattes waren im Zentrum der Stadt und in den Villenorten verbreitet worden, um für die Versammlung zu agitieren. Ihr Besuch war denn auch ein ziemlich guter. Die jungen Mädchen lauschten aufmerksam den Ausführungen der Referentin. In nur allzuwahren Bildern aus dem Dienstbotenverhältnis sahen sie ihre unzähligen Leiden an sich vorüberziehen: Niedrige Löhne, unbegrenzte Arbeitszeit, ungesunde und gefährdende Schlafräume, unwürdige Behandlung, unberechtigte Lohnabzüge, Stellung unter die Gesindeordnung und vieles andere noch. Nur wenige oder wenigstens keine ungetrübten Freuden stehen dem entgegen, vom Sonntagsausgang angefangen bis zum „Weihnachtsgeschenk“. Wiederholter Weisfall während der Ausführungen wie am Schluß des Vortrags bezeugte, daß auch die Dienstmädchen sich ihrer verbesserungsbedürftigen Lage bewußt werden. Mit Recht kann man auch für Leipzig sagen, daß die Dienstbotennot eine unausbleibliche Folge des Dienstbotenlebens ist, sobald die Mädchen zu denken beginnen. Beseitigung der Gesindeordnung, Austragung von Streitfällen durch das Gewerbegericht, mehr freie Zeit, kurz Reformen auf der ganzen Linie würden zu einer Hebung der Lage unserer dienenden Schwestern führen. Zehn Mädchen schlossen sich der Organisation an. Genossinnen, Leserinnen der „Gleichheit“, führt Eure dienenden Verwandten dem Verbands der Hausangestellten zu. Wo immer sich Gelegenheit bietet: Agitiert und organisiert mit für diese junge Gewerkschaftsorganisation. Auguste Hennig.

### Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

**I. K. Vom großen Streik in New York.** 150000 Männer und Frauen waren einige Wochen lang in New York im Ausstand. Der Streik hatte mehrere Zweige der Bekleidungsindustrie erfaßt — Schneider, Weißwärendherinnen, Blusenmacherinnen usw. Infolge übermäßiger Konkurrenz und beständiger Herabsetzung der Löhne sind die Arbeitsverhältnisse in dieser Industrie besonders elend. Nur der drückendste Not war imstande, zu einmütigem Handeln diese vielen

Tausende von Menschen zusammenzuschweißen, die den verschiedensten Rassen, Nationen, Bildungsstufen, Religionen angehören. Der Kampf galt höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit, der Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation und Abschaffung der Heimarbeit. Die Heimarbeit mit all ihren bekannten Übeln blüht besonders in der Bekleidungsindustrie, und erst kürzlich haben Untersuchungen wieder gezeigt, in wie großem Maße sie auf unkontrollierter und einstweilen unkontrollierbarer Kinderarbeit beruht. Tausende der Ausständigen haben bereits wenigstens einen Teil ihrer Forderungen durchgesetzt und sind an die Arbeit zurückgekehrt. Weitere Tausende harren noch im Kampfe aus. Da der Streik mitten im Winter ausbrach und diese ärmsten Ausgebeuteten trotz schwersten Mühen unmöglich Ersparnisse haben konnten, so herrschte vielfach die bitterste Not. Die Sozialistische Partei von New York leistete den Streikenden bedeutende materielle Hilfe durch die Eröffnung von Speisehallen, wo die Ausständigen unentgeltlich einfache, aber nahrhafte Kost erhielten. Das Frauenkomitee der Partei trat bei Ausbruch des Streiks sofort als Streikkomitee in Tätigkeit, und seine Mitglieder leisteten rührig wertvolle Unterstützung, indem sie Geld, Kleidungsstücke und Nahrungsmittel sammelten, ferner auch die Speisehallen verwalteten und bedienten. Viele sozialistische Redner und Rednerinnen stellten ihre Tätigkeit ganz in den Dienst des Streiks, sie gingen von Versammlung zu Versammlung, um die Ausständigen in ihrem Kampfe zu ermutigen und zu stärken und um ihnen bei ihrer Organisationsarbeit behilflich zu sein. Die eindringlichen, klaren Ansprachen, die oft bei diesen Gelegenheiten gehalten wurden, und die treuen Hilfeleistungen der Sozialistischen Partei haben vielleicht manchem Arbeiter die Augen darüber geöffnet, daß der gewerkschaftliche Kampf allein nicht genügt, sondern daß es gilt, auch auf politischem Felde in geschlossenen Reihen vorwärts zu marschieren. Meta L. Stern, New York.

### Frauenstimmrecht.

**Wie sich die Fortschrittliche Volkspartei zur Forderung des Frauenwahlrechts stellt,** die von der Sozialdemokratie im Reichstag erhoben worden war, das hatte Herr Rektor Kopsch zu rechtfertigen. Er begründete die klägliche Haltung seiner Partei mit diesem armseligen Verlegenheitsgestammel:

„Ich komme zur Frage des Frauenwahlrechts. Ob das Frauenwahlrecht im Interesse des Staates und der Allgemeinheit liegt, wird zurzeit in der Mehrheit der Staaten rundweg verneint, und die Gegner des Frauenstimmrechts begründen ihre Anschauung mit der physischen und psychischen Eigenart des weiblichen Geschlechts, mit dem geringeren Interesse der Frau an den Fragen des öffentlichen Lebens und mit der geringeren Vorbildung für politische Fragen. Gegenüber der Behauptung der Sozialdemokratie, daß unsere Partei erst gedrängt durch die Sozialdemokratie Sympathie für die Frauenbewegung gezeigt hätte, für den weiteren Ausbau ihrer Rechte eingetreten sei, muß ich erklären, daß diese Behauptung unrichtig ist. Wir haben zu allen Zeiten den Bestrebungen der Frauen das lebhafteste Interesse entgegengebracht. Nur sind wir als Fortschrittsmänner der Meinung, diese Entwicklung geht schrittweise und nicht sprunghaft vor sich. Gerade in der letzten Zeit hat das unerhörte, skandalöse, verbrecherische Auftreten der Frauenrechtlerinnen in England die Sympathie für die Übertragung des Wahlrechts an die Frauen wesentlich in weiten Kreisen gemindert. Ich versage es mir, etwas über die weitere Entwicklung in dieser Richtung zu prophezeien. Das ist eine ebenso schwere wie undankbare Aufgabe. Nur eines kann ich versichern, daß wir die Frauen unterstützen werden in ihren Bestrebungen, entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung, entsprechend ihrer Betätigung im öffentlichen Leben, entsprechend den Erfahrungen, die wir durch die Beteiligung der Frauen im Kommunaldienst usw. machen. Welches Endziel sich ergeben wird, überlassen wir der Zukunft und auch der Geschicklichkeit, der Einsicht und der Tüchtigkeit unserer Frauen.“

Herr Kopsch fügte dem politischen Weisheitschatz der Fortschrittlichen Volkspartei aus eigenem noch zwei unvergleichliche Perlen hinzu. Dieser weiße Thebaner riß erstaunt die Augen auf, weil Genosse Wels die Forderung des Wahlrechts für alle Grobjährigen ohne Unterschied des Geschlechts nicht mit dem Hinweis auf das „Naturrecht“ begründet hatte, das heißt mit der Auffassung, daß jeder bei seiner Geburt den Anspruch auf politische Rechte als unüberäußerliches menschliches Erbgut mit zur Welt bringe. Der gute Rektor war nämlich geistig gerüstet gewesen, solche Begründung mit dem lapidaren Satz zu zerschmettern:

„Dann lassen wir auch die Kinder mitwählen.“ Himmel, wie geistreich!

Herr Kopsch steht seit langen Jahren im Vordertreffen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Selbstverständlich im Kampfe „mit geistigen Waffen“, wie seine Wittgänge zu Merikalen Leuchten genugsam erwiesen haben. Und dieser führende „Fortschrittsmann“ weiß bis heute noch nicht, daß die sozialistische Auffassung von sozialen Rechten im Gegensatz zu der bürgerlichen Philosophie des „Naturrechts“ steht, und daß der wissenschaftliche Sozialismus in konsequenter Fortentwicklung dieser Philosophie zu ihrer Verneinung und Überwindung kommen mußte: zum historisch bedingten Recht, das seine festen Wurzeln in der Ökonomie, der Wirtschaft der Gesellschaft hat. Aber freilich: wir Sozialisten haben dabei das eine nicht vergessen, daß die heute von unserer Theorie überwundene Auffassung vom „Naturrecht“ der Menschen gestern ein gewaltiger geistiger Fortschritt über das Denken der feudalen Gesellschaft hinaus gewesen ist. Sie wurde zur wuchtigen Waffe im Kampfe der Bourgeoisie gegen die herrschende mittelalterliche Dreieinigkeits des absoluten Gottesgnadentums, des Adels und der Geistlichkeit. Im Namen des „Naturrechts“ haben zuerst die scharfsinnigen englischen und französischen Philosophen und dann die genialen französischen Politiker und revolutionären Kämpfer das gesellschaftliche Vorrecht dieser drei bevorrechteten Stände niedergeworfen. Die naturrechtliche Philosophie ist der geistige Odem der großen französischen Revolution gewesen, der geistige Odem des bürgerlichen Liberalismus in den Tagen seiner Kraft und seines Glanzes, ehe die Furcht vor dem emporsteigenden Proletariat ihn das Maul in den Knochen verdorren ließ. Sie atmet und weht in dem hohen, kühnen Gedankenflug unserer klassischen Literatur, die von dem Geiste des alten revolutionären Liberalismus erfüllt ist.

Wenn Herr Kopsch sich mit der Aufgeblasenheit eines echten Krähwinklers über das „Naturrecht“ lustig macht, so verhöhnt er die große Vergangenheit des Liberalismus, als dieser noch ein Mann war, so wußte er in der Zeit liberaler Dreizehnheit billig über Denker und Kämpfer, denen auch nur die Schürriemen zu lösen er und seinesgleichen nicht würdig ist. Doch nehmen wir an, diesem merkwürdigen freisinnigen Vertreter der „Bildung“ seien die hier ange deuteten Dinge unbekannt. Dann müßte er wenigstens als Redner zur Frage des Frauenwahlrechts dieses wissen: Nicht die Sozialdemokraten, wohl aber die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen haben lange und noch auf dem Internationalen Frauenkongreß zu Berlin 1904 ihre Forderungen in erster Linie mit dem Naturrecht begründet. Gerade aus der sozialistischen Kritik ihrer Auffassung haben sie erst gelernt, die geschichtlich-wirtschaftlichen Gründe für die soziale Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nach ihrer vollen Bedeutung zu würdigen. Wenn Herr Kopsch sich nicht durch das Studium der Literatur zur Frauenwahlrechtsfrage unterrichten wollte, so hätte ihn jede beliebige bürgerliche Frauenrechtlerin darüber belehren können.

Das zweite persönliche Kleinod, das Herr Kopsch zu der Debatte beigeuert hat! Dieser Schulmann von Beruf wendete sich wiederholt mißbilligend gegen das „sozialistische Gewand“, das unsere Partei durch ihren Antrag der früheren liberalen Forderung gegeben habe, das Reichstagswahlrecht unverändert auf die Bundesstaaten zu übertragen. Mit dem „Gewand“ meinte er das Frauenwahlrecht, die Herabsetzung des Wahlmündigkeitsalters auf das vollendete zwanzigste Lebensjahr, kurz jene demokratischen Forderungen, die über das geltende Reichstagswahlrecht hinausgehen. Man braucht weder Rektor noch Reichstagsabgeordneter zu sein, um zu verstehen, daß der sozialdemokratische Antrag seinem Wesen und nicht dem „Gewand“ nach von der alten liberalen Forderung verschieden ist. Das „Gewand“ ist das gleiche geblieben: nämlich ein Antrag an den Reichstag. Was er birgt, ist jedoch ein Neues: nicht das verkrüppelte Kind des demokratischen Prinzips, sondern dessen vollstättigen, gesunden, gesunden Sproß. Es handelt sich bei der Redewendung von dem „sozialistischen Gewand“ nicht etwa um einen lapsus linguae, ein Ausrutschen der Zunge. Herr Kopsch war in seinen Geistesblick so verliebt, daß er ihn ein wohlgezüchtetes halbes Duzend Mal funkeln ließ. Er sah bei dem Antrag immer und immer wieder das anstößige „sozialistische Gewand“. Herr Kopsch, Herr Kopsch, wo blieb Ihre Logik? Die steht auf dem Kopfe und sieht die ganze Welt verkehrt. Die armen Mägen, denen je dieser Rektor die Geheimnisse der Logik eingepaukt hat! Ausgerechnet in der fortschrittlichen Volkspartei wird die Forderung des Frauenwahlrechts noch immer gern mit der Behauptung von der geistigen Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts bekämpft. Die „liberalen“ Frauen können als Antwort darauf ruhig Herrn Kopsch auf den „Tisch des Hauses“ künftiger fortschrittlicher Parteitage niederlegen. Ein-

papieri in das Stenogramm seiner Wahlrechtsrede ist er der leuchtende, lebendige Beweis, wie die todsichere Logik, das tiefgründige Wissen, kurz die geistige Überlegenheit des männlichen Geschlechts aussieht. Im fortschrittlich-volksparteilichen „Gewand“ wenigstens oder auch natürlich!

Das Frauenwahlrecht zur Handelskammer für das Fürstentum Birkenfeld ist vom oldenburgischen Landtag beschlossen worden. Birkenfeld war bisher ohne Handelskammer. Die bedeutende Schmußsteinindustrie des Landes, die hauptsächlich in den Orten Jdar und Oberstein ihren Sitz hat, forderte schon lange die Errichtung einer Handelskammer. Der bestehende Gewerberat war angeblich nicht imstande, die Interessen der Industrie genügend wahrzunehmen. Die Regierung des Großherzogtums Oldenburg, zu dem das Fürstentum Birkenfeld gehört, kam den Wünschen aus den Kreisen des Handels und der Industrie nach. Sie legte dem Landtag einen Gesetzentwurf vor, der die Aufhebung des Gewerberats und die Schaffung einer Handelskammer vorsah. Nach dem Entwurf sollte den Frauen, die ein Handelsgeschäft betreiben, nur das Recht zustehen, durch einen Vertreter das Stimmrecht ausüben zu lassen. Der Landtag strich diese Einschränkung durch Mehrheitsbeschluß, und so wurden den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu der Handelskammer gewährt, sie können also wählen und gewählt werden. Zwar erklärte die Regierung einen solchen Beschluß für unannehmbar, doch wird sie an der Bestimmung das Geschick scheitern lassen.

I. K. Von den letzten bemerkenswerten Erfolgen des Frauenstimmrechts in den Vereinigten Staaten hat die „Gleichheit“ bereits berichtet. Wir fügen den gemeldeten Tatsachen noch folgende Einzelheiten hinzu. In den drei Staaten Nevada, Süd Dakota und Montana, die im Begriff stehen, den Wählern die Frage des Frauenwahlrechts zur Urabstimmung zu unterbreiten, haben die gesetzgebenden Körperschaften bereits zweimal mit starken Majoritäten Vorlagen zur Einführung des Frauenwahlrechts angenommen, und somit hängt die Reform nur noch von der Entscheidung der Wähler ab. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß in den östlichen Staaten der Union endlich auch ein Fortschritt der Frauenrechtsfrage zu verzeichnen ist. Die gesetzgebenden Körperschaften der Staaten New York und Pennsylvania haben soeben Anträge zur Einführung des Frauenstimmrechts angenommen. Im Staate New York war es bisher nie gelungen, bei den gesetzgebenden Körperschaften auch nur die entscheidende Abstimmung über die Frage des Frauenwahlrechts zu erreichen, und darum war der diesjährige Erfolg um so überraschender und erfreulicher. Wenn Unter- und Oberhaus im nächsten Jahre die Vorlage noch einmal annehmen, so wird nach der Konstitution des Staates die Frage im Jahre 1915 den Wählern zur Urabstimmung vorgelegt. Es besteht also die Möglichkeit, daß die Frauen des Staates New York im Jahre 1916 stimmberechtigte Bürgerinnen sein werden. Der Gesetzentwurf, so wie er von beiden gesetzgebenden Körperschaften zur Annahme gelangt ist, enthält die Bestimmung, daß im Staate lebende Ausländerinnen unter denselben Bedingungen wie die Männer das Wahlrecht erwerben müssen, wenn sie gleichberechtigt sein wollen. Diese Bestimmung trifft Tausende von Frauen, besonders Frauen der Arbeiterklasse, die schon seit Jahrzehnten im Staate New York leben, aber nie daran dachten, das Bürgerrecht zu erwerben, weil es ja bisher keinen praktischen Wert für sie hatte. Diese Frauen sowie die neu eingewanderten gilt es jetzt zu Bürgerinnen zu machen, damit ihnen künftig das Wahlrecht nicht vorenthalten bleibt. Zu diesem Zwecke trifft das Sozialistische Frauenkomitee von New York schon jetzt seine Vorbereitungen. Es wird in Verbindung mit der Parteileitung ein Frauen-Naturalisationsbureau eröffnen, um die Frauen über die Bedeutung des Bürgerrechts und über die Schritte aufzuklären, die zur Erwerbung dieses Rechts notwendig sind.

Meta L. Stern, New York.

Die Wahlrechtsliga katholischer Frauen in Belgien hat der Kammer und dem Senat eine Petition eingereicht, in der sie die Einführung des politischen Frauenwahlrechts fordert. Das ist ein bezeichnender Beweis für den Umschwung, der sich in der Welt des Katholizismus in der Frage des Frauenwahlrechts zu vollziehen beginnt. Die „Liga“ ist einer größeren Organisation angeschlossen, der „Christlichen Frauenrechtsbewegung in Belgien“.

Der erste weibliche Senator in den Vereinigten Staaten, ja unseres Wissens überhaupt, ist in Colorado gewählt worden. Frau Robinson hat Sitz und Stimme in der Ersten Kammer dieses Staats erhalten. Auch der Zweiten Kammer gehört eine Frau als

Abgeordnete an. Colorado gehört zu den zehn Staaten der nord-amerikanischen Union, in denen die Frauen das aktive und passive Wahlrecht besitzen.

**Statistisches.**

**Aus der Statistik der Geisteskrankheiten.** Die badische Landesstatistik für die Jahre 1904 bis 1910 enthält interessante Zahlen über den Anteil, den die Berufstätigen beider Geschlechter zu den Geisteskranken stellen. In der siebenjährigen Periode wurden in den sechs staatlichen Pflege- und Heilanstalten des Großherzogtums — die beiden Universitätskliniken zu Freiburg und Heidelberg eingerechnet — insgesamt 15980 geistig Kranke im Alter von über 16 Jahren aufgenommen. 7302 davon oder 45,7 Prozent waren weiblichen Geschlechts. Nach der Berufszugehörigkeit geordnet, verteilen sich die Geisteskranken in den sechs badischen Anstalten folgendermaßen:

| Berufsabteilung                                | Geisteskrante insgesamt | Davon weibliche Geisteskrante |
|--|-------------------------|-------------------------------|
| Land- und Forstwirtschaft                      | 8278                    | 1411                          |
| Gewerbe und Industrie                          | 6159                    | 2162                          |
| Handel und Verkehr                             | 2404                    | 919                           |
| Freie Berufe (Beamte, Offizier, Künstler usw.) | 1351                    | 668                           |
| <b>zusammen</b>                                | <b>18192</b>            | <b>5160</b>                   |

Unter den 13192 Geisteskranken, die eine Berufsarbeit ausgeübt hatten, gehörten also über 39 Prozent dem weiblichen Geschlecht an. Nehmen wir nun die letzte Berufszählung vom Jahre 1907 zur Hand, um zu fragen, in welchem Verhältnis diese Zahl der Erkrankten zur Gesamtzahl der Berufszugehörigen der einzelnen Abteilungen steht. Das Ergebnis ist dieses:

Es kommen Geisteskrante:

| Berufsabteilung           | Auf 1000 Berufstätige insgesamt | Auf 1000 weibliche Berufstätige | Auf 1000 männliche Berufstätige |
|---------------------------|---------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|
| Land- und Forstwirtschaft | 7,8                             | 6,3                             | 9,4                             |
| Gewerbe und Industrie     | 12,3                            | 10,2                            | 13,9                            |
| Handel und Verkehr        | 14,7                            | 11                              | 18,6                            |
| Freie Berufe              | 16,5                            | 19,6                            | 14,3                            |

Auffallend ist die große Verhältniszahl der geistigen Erkrankung bei den Angehörigen der sogenannten freien Berufe und dabei wieder die Erscheinung, daß gerade bei dieser Abteilung die Frauen einen bei weitem stärkeren Prozentsatz Geisteskranker aufweisen als die Männer, während bei den übrigen drei großen Berufsgruppen das Verhältnis das umgekehrte ist.

Noch vollständiger wird das Bild, wenn man diejenigen Haushaltungsangehörigen ausschaltet, die nur im Nebenberuf arbeiten oder doch nicht dem Erwerb nachgehen, und wenn man die dann verbleibenden Erwerbstätigen als selbständige oder abhängige nach der sozialen Schicht gliedert, der sie vor der Erkrankung angehörten. — Es kommen

|                           | auf je 1000 der selbständigen Erwerbstätigen | auf je 1000 der unselbständigen Erwerbstätigen |
|---------------------------|--|--|
| Land- und Forstwirtschaft | 7,4  | 5  |
| Gewerbe und Industrie     | 13,1   | 12,9   |
| Handel und Verkehr        | 19,2   | 12   |
| Freie Berufe              | 22,5   | 10,3   |

Während im allgemeinen die größere Erkrankungsgefahr bei den männlichen Personen zu verzeichnen ist, überwiegt sie für die Frauen bei den selbständigen Erwerbstätigen im Gewerbe — Näherinnen, Schneiderinnen, Wäglerrinnen — sowie bei den unselbständigen Erwerbstätigen in den freien Berufen, zu denen Kontoristinnen, Schreibmaschinenarbeiterinnen usw. gerechnet sind.

Nach Ursache und Art der geistigen Erkrankung forschend, finden wir, daß die Männer unter den schädlichen Folgen von Alkoholmißbrauch, geschlechtlicher Erkrankung und Überanstrengung durch geistige Arbeit viel zahlreicher von Geisteskrankheit (progressive Paralyse, Neurasthenie, Epilepsie) heimgesucht werden als die Frauen. In dem siebenjährigen Zeitraum kamen in die sechs staatlichen Anstalten wegen:

|   | Absolute Zahl aller in den Heilanstalten aufgenommenen Erkrankten |        | Vom Tausend der Erwerbstätigen |        |
|---|---|--------|--------------------------------|--------|
|   | Frauen  | Männer | Frauen                         | Männer |
| Alkoholischer Geistesstörung (bezw. chronischem Alkoholismus) | 89  | 1030   | 0,1                            | 1,6    |
| Paralyse  | 216   | 748    | 0,3                            | 1,1    |
| Neurasthenie  | 43  | 324    | 0,1                            | 0,5    |
| Epilepsie   | 191   | 681    | 0,3                            | 1      |

Die Wirkung des Alkoholmißbrauchs tritt auch in den Ziffern über Epilepsie in die Erscheinung. Die Zahl der an Alkoholepi-

lepsie erkrankten Männer steigt auf 6,1 vom Tausend der selbständig Erwerbstätigen in der Abteilung Handel und Verkehr, die das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe in sich begreift. In den freien Berufen, besonders bei den zu geistiger Überanstrengung genötigten Kopparbeitern, ist Paralyse und Neurasthenie vorherrschend unter den selbständig Erwerbstätigen, 3,3 bei Männern, 1,3 bei Frauen auf das Tausend. Neben der Neurasthenie ist hier die Ansteckung mit Geschlechtskrankheiten als wichtigste Ursache erkennbar. Unter 23 Männern, die an Morphinismus und ähnlichen narlotischen Vergiftungen litten, befanden sich 13 Ärzte. Bei den Frauen tritt einfache Seelenstörung besonders oft auf. An ihr erkrankten 6030 weibliche Personen, 9 vom Tausend der Erwerbstätigen, und dazu gesellten sich noch 310 — 0,5 vom Tausend —, die infolge der Gemütsdepressionen und im Zusammenhang mit den Beschwerden der Schwangerschaft, der Geburt und des Wochenbettes von Hysterie befallen waren.

Aus der Statistik ist nicht zu erkennen, welcher Anteil an den melancholischen Depressionen, manischen Erregungen, hysterischen Störungen auf das Konto der religiösen Verheißung gesetzt werden muß, die in dem letzten Jahrzehnt durch Wort und Schrift in Baden sehr überhand genommen hat und noch stark im Wachsen begriffen ist. Der Einfluß solchen Treibens ist zumal auf das weibliche Geschlecht sehr stark. Es besteht ein alter Zusammenhang zwischen Aberglauben, päpstlicher Inquisition und der Zunahme der Personen, deren seelisches Gleichgewicht gestört ist, und zwar insbesondere bei Personen weiblichen Geschlechts. — Auch in Württemberg macht sich diese Erscheinung geltend.

Die vorliegenden Ziffern weisen darauf hin, daß die kapitalistische Ordnung mit ihren Begleiterscheinungen für die Entwicklungs- und Daseinsbedingungen der Menschen Verhältnisse schafft, die Ursachen geistiger Erkrankung werden oder wenigstens die Keime solcher Erkrankung zur Entfaltung bringen. Deutlich lassen die Zahlen der geistig gestörten Erwerbstätigen erkennen, wie verhängnisvoll der Kampf um die Existenz, der wirtschaftliche Krieg aller gegen alle die Gesundheit der Seele beeinflusst. Je höher die Zahl der Frauen steigt, die diesen Kampf durchfechten müssen, um so mehr wächst auch der Anteil, den das weibliche Geschlecht zu den Geisteskranken stellt. Denn die Gesellschaft des Kapitalismus kennt für diesen Kampf keine Rücksicht auf die leiblichen und geistigen Kräfte des Weibes und seine Inanspruchnahme durch die Mutterschaft. mg.

**Die Frau in öffentlichen Aemtern.**

**Als Konkursverwalter** ist wohl die erste Frau in Deutschland bestellt worden. Es ist Frau Kub in Lands hut, die Witwe des verstorbenen Konkursverwalters und Bücherrevisors. Sie weiß in den Geschäften ihres verstorbenen Gatten so genau Bescheid, daß ihr dessen Amt übertragen wurde.

**Als Friedensrichter im Staate Illinois** sind in den letzten Jahren drei Frauen in größeren Städten tätig gewesen. Frau MacCulloch war die erste Frau, die in Evanston den wichtigen Posten bekleidete. Nach Ablauf ihrer Amtszeit ist sie von den Wählern immer aufs neue mit der Würde des Friedensrichters betraut worden.

**Sür das Frauenwahlrecht!**

Zur Agitation für das Wahlrecht der Frauen dient besonders das zum diesjährigen Frauentag erschienene Blatt

**• Frauenwahlrecht.**

Herausgegeben von Klara Zetkin.  
16 Seiten im Format der Gleichheit.

Das Blatt mit seinem Bildersmuck wird auch nach dem Frauentag gern gelesen werden. Preis der Einzelnummer für den Wiederverkauf 10 Pfennig. Die Organisationen erhalten das Blatt zu den für die Gleichheit üblichen Bedingungen.

Zu beziehen durch die Expedition der Gleichheit,  
Stuttgart, Furtbachstraße 12.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.  
Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.